

Erste Seite
an allen Verlagen.

Besitzpreis monatl. 80 Pf.
Bei der Geschäftsstelle 3.50
in den Ausgabestellen 3.70
durch Bezugshäfen 3.80
durch die Post 3.50
ausschl. Postgebühren
ins Ausland 6 Pf.
in deutscher Währ. 5 M.

Herausgeber: 6105. 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Polen.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Postcheckkonto für Polen
Nr. 200 283 in Polen.Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausperrung hat der Besitzer
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Postcheckkonto für Deutschland

Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis: Zeitzeile (33 mm breit) 45 Gr.
für die Millimeterzeile im Anzeigen teil 15 Groschen.

Sonderpreis 50% mehr. Reklamezeitzeile (90 mm breit) 135 Gr.

Polen und Genf.

In Genf spielte sich ein großartiges diplomatisches Schauspiel ab, dessen eigenartige Bedeutung die polnische Presse und ihre Anhänger nicht so rasch begreifen haben. Legt man Endes handelt es sich doch in Genf um die Frage, ist es möglich, die Franzosen aus dem Rheinland herauszulösen oder nicht. England und Deutschland boten den Garantiepakt an, der Frankreich, wie wir schon ausgeführt haben, an Stelle des "sicherer Pfandes" die Sicherheit des Paktes geben sollte. Für Frankreich, das im Rheinland verbleiben will, handelt es sich nun darum, diesem Garantiepakt aus dem Wege zu gehen. England will auf den Garantiepakt zusteuern und verlässt daher das Genfer Protokoll (die gesamte Konstellation haben wir in einem früheren Artikel bereits gegeben). Frankreich verteidigt nun, unter Aufwendung der größten Energie, das Genfer Protokoll, um nicht auf den Garantiepakt festgelegt zu werden. So stellt sich in dem großen diplomatischen Kampfe die Situation dar. In Polen haben die Vertreter der Parteien der Rechten stets das Genfer Protokoll bekämpft. Nun, als Frankreich das Protokoll verteidigte, verstand die Rechte hier nicht so rasch, wie es nötig gewesen wäre, die Situation, und es ergaben sich in ihrer Presse die amüsantesten Verlegenheitsartikel. Die Frage, ob nun die Ostgrenze Deutschlands in dem Garantiepakt mit aufgenommen werden sollte oder nicht, ist aber in den eigentlichen Sitzungen noch gar nicht zur Sprache gebracht worden. Sie wurde nur in Presseartikeln hinzugehängt. Wie sich zu dieser Frage endgültig die englische Regierung stellt, hat in offizieller Auseinandersetzung ein englischer Minister überhaupt nicht gesagt. Trotzdem ging in der polnischen Presse ein Randalieren ohne Ende los. Nur der "Kurier Polski" behielt von allen Blättern ein wenig seine Sinne bei. Man schreit, als stehe Polen bereits wieder vor einer "neuen Teilung", und macht sich nach Kräften lächerlich. Ein Blatt, die "Gazeta Poranna", verlor so vollkommen die Fassung, daß es wie wahnsinnig geworden um Hilfe schrie und Bündnisse mit aller Welt verlangte, mit Südländern, mit der Tschechoslowakei, mit den Balkanstaaten und wer weiß noch mit wem, einerlei, ob diese verschiedenen Staaten auch geeignet sind, solche Bündnisse mit den Polen abzuschließen. Man macht sich nach Kräften lächerlich. Aber immerhin war das Zeitungssechseck. Dass der berüchtigte Westmarkenverein die günstige Gelegenheit benutzt, um gegen den "gefährlichen" Deutschen zu heben, nun, das stimmt uns nicht weiter traurig. Es ist dies eben das Geschäft des Westmarkenvereins, und er darf seine Rundschau, die naiven Schwärmer, nicht verlieren. Also hört man in seinem Aufruhr, daß der Friede Europas bedeutet sei, falls die Grenzen Polens in Diskussion gestellt würden.

Bei schlimmer aber erscheint es uns, wenn eine politisch nicht gerade sehr reise offizielle Körperschaft, wie es der Stadtrat und der Magistrat von Warschau ist, sich einallen läßt, eine große Demonstration einlichlich vaterländischen Schwur zu veranstalten. Mit "Blut und Gut" will der Magistrat von Warschau die polnischen Grenzen verteidigen, deren Existenz noch kein Mensch in Frage gestellt hat. Wie liegen die Dinge nun eigentlich? In England haben vereinzelt Zeitungssatire die Berechtigung der polnischen Westgrenze bestreiten. In Genf war vielleicht hinter den Kulissen die Rede von diesen Grenzen. Offiziell wurden sie von niemandem erwähnt. Der deutsche Außenminister Stresemann hat gesagt, daß es niemanden in Deutschland gebe, der diese Grenzen für gerecht hielte. Und er hat hinzugefügt, daß Deutschland niemals mit Gewalt eine Änderung vorzunehmen beabsichtigte, wohl aber schiedsgerichtliche Entscheidung vorzusehen. Nun, zum Glück, wenn man in Polen seiner Sache so sicher ist, weshalb erhebt man denn doch ein Geschrei? Der "Kurier Polski", der doch gewiß ein kluges und patriotisches polnisches Blatt ist, schreibt ähnlich dieser Leistung, die Stadt Warschau hätte sich besser um ihre Verwaltungsangelegenheiten gekümmert, denn man sollte offenbar die Unverantwortlichkeit davon ablehnen, daß Warschau die am schlechtesten verwaltete Stadt Europas sei.

Solche nervösen Demonstrationen hätten nur die eine Wirkung, daß die ausländischen Blätter statt der Überschrift "Polnische Beschwörungen" die Überschrift "Polnische Angst" und "Polnische Panik" wählen würden. Die Demonstration hat heute stattgefunden. Einige tausend Menschen fanden sich bei dem schönen Wetter auf dem Theaterplatz ein. Gegen halb ein Uhr trat der Magistrat mit dem Stadtratspräsidenten an der Spitze auf den Balkon und sprach hallend den kurzen Schwur, worauf die Menge auf den Platz die "Roten" anstimmte, das alte antideutsche Hejlied. Einige hundert Personen juchzten, als der Zug sich schon aufgelöst hatte, an die englische Gesandtschaft zu gelangen, wo aber bereits einige Dutzend stämmiger Schuhleute warteten, weshalb das Unternehmen mißglückte. Der Zug selbst ging vom Theaterplatz nur bis zum Palais des Ministerpräsidenten. Offenbar ist es der Regierung

gespätmert, daß das Arrangement dieser Demonstration nicht so unbedenklich sei, weshalb sie es wohl im letzten Augenblick einzudämmen verstanden hat.

In der polnischen Presse hat man, als sich die Aengste über den Garantievertrag als sehr ausdrücklich, die "Erfolge" gegenüber besonders in den Himmel gehoben. Heute ist man wieder etwas näherner geworden. Soweit sich in Warschau aus der mit Propaganda getränkten polnischen Berichterstattung aus Genf ersehen lässt, hat der erlauchte Völkerbund auch diesmal seine alten Grundsätze nicht ausgegeben, wo es sich um das Wohl und Wehe von Danzig handelt. Er ist, so weit es irgend ging, einer Entscheidung aus dem Wege gegangen. Wo es sich bereits um vorliegende Entscheidungen des Kommissars handelt, so bestätigt sie der Völkerbund, wenn es sich dabei um Entscheidungen handelt, die den Schwächeren treffen (Hafenpolizei), und im übrigen wird, wie bei der Poststreitfrage, die Verantwortung für eine Entscheidung auf das Haager Schiedsgericht abgeladen, und (auch das ist eine Gewohnheit geworden) gerade in dieser Sache wird, unter sanfter Warnung an Polen, "nicht noch einmal vollendete Tatsachen zu schaffen", die vollendete Tatsache ruhig bestehen gelassen! Denn polnische

Post und Briefkästen bleiben in Danzig, bis der Haag und an Hand seines Urteils endlich dann auch der Völkerbund entschieden hat. Es scheint aber, daß sich die Hoffnung Polens nicht erfüllt hat, daß zwischen den Völkerbund und Danzig eine besondere Kommission geschaffen wird, die sich ausschließlich mit den Danziger und polnischen Streitfragen zu beschäftigen hat. Wenigstens läßt sich aus den polnischen Berichten nichts erkennen, daß eine solche Kommission zustande gekommen wäre, was doch sicher mit Triumph vermeldet worden wäre. Schließlich ist auch das Hurraefühl über den "Sieg" über Danzig nicht mehr so groß wie gestern. Die "Rzeczpospolita" hatte gestern noch gesagt, daß sich durch die Entscheidungen die Autorität Polens in Danzig vermehrt, und im gleichen Maße die Autorität des Senats von Danzig geschränkt werde. Heute schreibt der "Kurier Poranny" schon kleinlauter, daß Danzig wohl eine Niederlage erlitten, Polen aber noch keinen Sieg errungen habe. Aber immerhin Polen könnte bis zur nächsten Sitzung des Völkerbundes wieder aufatmen. Und hier sind wir bei dem Hauptgrundzüg der polnischen Politik angelangt: "Zeit gewonnen, alles gewonnen!"

Worüber die polnische Presse schreibt.

Um das Prinzip von Polen. — **Die politische Bedeutung des Primas von Gnesen.** — **Die Ruhe bei Istan.** — **Ueber die Ruhe der Danziger und das Fieber in Polen.** — **Zeit gewonnen, alles gewonnen.** — **Ueber die Arbeiten in den Kommissionen.** — **Die verschwundene deutsche Minderheit aus Radom in Oberschlesien.** — **Die Okzitanen bei der Arbeit.** — **Der Ueberfall auf die deutschen Katholiken in Oberschlesien.**

Nach dem Abschluß des Konkordats mit dem Apostolischen Stuhl hat eine Frage besondere Kopfschmerzen verursacht, das ist die Frage, wer nun Primas von Polen werden würde. Der Primas ist bekanntlich eine Würde, die einem Bischof einer Diözese zugesprochen wird, die einen besonders großen politischen Einfluß besitzt. Der Primas hat eine große politische Gewalt, und seine Haupttätigkeit war noch dem Königlichen Hof verlegt. Der Primas von Polen ist der Erzbischof von Gnesen bereits seit 500 Jahren. Nach dem Konkordat ist nun in der polnischen Presse ein Streit entbraucht, wer Primas von Polen sein soll. Denn Alexander I. hat im Jahre 1818, nach der Teilung Polens, dem Warschauer Erzbischof die Würde des Primas verschafft und seit der Zeit des wiedererstandenen Polen gab es eigentlich zwei Primäte. Der eine Primas war der Erzbischof von Gnesen, der andere Primas der Erzbischof von Warschau. Der Streit um die Primatswürde nahm einen breiten Raum ein, und besonders die Rechtpresse beschäftigte sich lebhaft mit dieser Frage. Wir bringen nachstehend zwei Stimmen:

Der "Kurier Poranny" schreibt hierzu: "Wir erachten es weder als einen gläubigen, noch vom rein christlichen Standpunkt angebrachten Streit, wie ihn der Warschauer Erzbischof, Kardinal Kalowski, in Angelegenheit des Primas herbeigeführt hat. Historisch gehört diese Würde ohne jeglichen Vorbehalt dem Erzbischof von Gnesen, der seit mehr als 500 Jahren ohne Unterbrechung die Würde bekleidet. Und er ist die Teilungen Polens haben es veranlaßt, daß man diesen Umstand zu ändern versucht. Und so hat Alexander I. im Jahre 1818 dem Warschauer Erzbischof die Primatswürde verschafft, und zwar in der deutlichen Absicht, um die Verteilung des auf dem Wiener Kongress gebildeten Königreichs Polen von dem übrigen Polen zu bezeichnen."

Wir wollen nun fragen, ob nach dem Begriff des Kardinals Kalowskis wirklich noch das Kongreßkönigreich besteht, ob und wann Kardinal Kalowski im Namen und in Vertretung des Kongreßkönigreiches aufzutreten gedenkt. Wir wissen nicht, ob der Schrift des Kardinals Kalowski diktirt war von den Traditionen des Kongreßkönigreiches, die noch zu Seiten Beilegers und durch die Tradition des Regentenschaftsrates festgestellt wurden. Jedenfalls war er und ist dieser Schrift sehr unglücklich. Der Schrift des Warschauer Erzbischofs, der an den Traditionen und an dem Titel aus den Seiten der Teilung festhält, im Gegensatz zur lebhaften Wirklichkeit, verurteilt sich selbst. Zum Schluß wird die Regierung aufgefordert, diese Überreste aus den Seiten der Teilungen zu entfernen und dafür zu sorgen, daß es in Polen nur einen Primas gibt, nämlich den Erzbischof von Gnesen."

Eine ähnliche Stellung nimmt das neue Blatt des Abgeordneten Stronski, die "Warszawska", ein: "Diese Verknüpfung zweier in ihrer geschichtlichen Bedeutung wesentlich verschiedener Dinge und die dadurch veranlaßte Zunichtemachung der Jahrhundertwürde des Primas Polens ist für das nationale Empfinden empfindlich. Man muß natürlich aus rechtlichen Gründen es zugeben, daß die Sorge um die Erhaltung der Würde unseres Jahrhundertealten Primats nicht in erster Linie Sache Roms war. Der Apostolische Stuhl hat auf dem Standpunkt gestanden, daß eine päpstliche Verfügung das Primat Polens beim Erzbistum Gnesen und eine andere päpstliche Verfügung das Primat des Königreichs Polen beim Erzbistum Warschau geschaffen hat. Und gegenwärtig glaubt der Apostolische Stuhl nicht, daß es seine Angelegenheit ist, einem der beiden Erzbistümer das einmal erweiterte Privileg wegzunehmen. Anders waren jedoch die Pflichten der polnischen Regierung und seiner Vertreter im Bataillen... In dem Augenblick, wo die Teilungsbestrebungen Deutschlands neuerdings nach unerwarteten Gebieten greifen", sollte die Regierung durch die Bestätigung des Primats für das Erzbistum Gnesen kundgeben, daß im Jahre 1900 Gnesen ein polnisches Erzbistum war. Dieses Blatt tritt also ebenfalls für die Sicherstellung des Primats an das Erzbistum Gnesen ein, und zwar insbesondere aus politischen Gründen."

Bei der Debatte über das Konkordat in den Sejmkommissionen hielt, wie die "Gazeta Robotnicza" berichtet, der sozialdemokratische Abgeordnete Szapinski der nationaldemokratischen Partei, die bei der Durchführung der Konkordatsverhandlungen in der Person des Abgeordneten Grabicki, der bei diesen Verhandlungen der Vertreter der Regierung war, die Führung übernommen hatte, vor, daß ihre Gesinnung in kirchlichen Fragen nicht immer die gleiche war wie jetzt, und erfuhr bei dieser Gelegenheit zwei Dokumente über die Beziehungen dieser Partei zum Bataillon an, und zwar einen Punkt des Programms der nationaldemokratischen Partei aus dem Jahre 1908, in dem es heißt: "Wir werden mit der Politik der

Kirche in kirchlichen Angelegenheiten gehen, aber sobald sie einen für den polnischen Staat schädlichen Weg eingeschlagen wird, dann werden wir für die Politik der Kirche nicht gehen."

Die Meinung der anderen.

Mit dem Abschluß des Konkordats ist auch die griechisch-katholische Kirche in das Abkommen einbezogen. Die griechisch-katholische Kirche hat besonders im Osten bei den Ukrainern einen großen Einfluss. Unangenehm ist dem ukrainischen Blatt "Dilo" dieses Konkordat, weil auch hier der eine Paragraph bestimmt, daß die Ernennung der Bischöfe von der polnischen Regierung abhängig sei, genauso wie die andere Artikel, der unbedingt Vorwahl hat, verlangt. Man befürchtet dort, daß alle griechisch-katholischen Geistlichen, die sich auch mit nationalen Dingen beschäftigen, nicht zu Pfarreien zugelassen werden, sobald sie sich darum bemühen sollten.

Die Auslandspropaganda.

"Propaganda ist alles, Arbeit Schall und Rauch," so könnte man sinngemäß das Goethewort abwandeln, wenn man den "Kurier Porannski" zu Gesicht bekommt und dann so Ansichten hört, die wirklich nur dieses Blatt aufdecken und verbreiten kann. Aber nicht nur dieses Blatt bringt von neuem die Gedanken, daß die Propaganda alles sei, auf den Tisch, sondern auch andere Blätter beschäftigen sich mit diesem Glauben, der ja angeblich die Bevölkerung haben soll, was ja auch zutrifft. Ein Koranblatt in Oberschlesien hat sich besonders laut damit beschäftigt. Es ist die "Polonia"; dort heißt es:

"Das Problem der Organisation unserer Auslandspropaganda ist so alt bzw. so jung, wie jung unser Staatswesen ist. Es gibt keine Budgetdiskussion, es gibt keine Sitzung der schwärmigen Sejmkommission, auf der nicht diese Angelegenheit besprochen würde, wobei man nicht mit Slogans und Vorwürfen unter der Adresse des für diese Propaganda verantwortlichen Organs, d. i. des Außenministeriums spricht... Das wichtigste Propagandamittel war und ist die Presse. Man kann sie zwar als echt ägyptische Blätter bezeichnen, das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß sie in Wirklichkeit die achte Großmacht der Welt darstellen. Das sind allgemein bekannte und auf der ganzen Welt anerkannte Sachen mit Ausnahme bei unserem Außenministerium."

Das Blatt wirft dem Außenminister vor, daß er diesen wichtigen Faktor nicht für die Propaganda nutzbar macht und dies mit Sparsamkeitsrücksichten motiviert. "Wir sind durchaus davon weit entfernt, die große politische Bedeutung der verschiedenen Rauts, Dancings und fives ohne nicht einzuführen, die mit Begeisterung von der ganzen Schar unserer Räte, Sekretäre und Legationsattachés veranstaltet werden. Doch niemand wird unsere Behauptung, daß das Hinausführen unserer gesellschaftlichen Annäherung" an die Spieße der diplomatischen Methoden zum mindesten nach der Kreide oder Kohlenepoche riecht. Wenn wir im auswärtigen Dienste Frankreichs, Tschechiens, Belgien und Deutschlands Doulaslisten an der Spieße sehen, so ist das nicht ein Fall, sondern die praktische Anwendung der Erfahrungen, daß die Propaganda ein organischer Teil der diplomatischen Arbeit ist. Und weil dies alles die Laster unserer auswärtigen Politik nicht verstehen wollen, oder besser nicht verstehen können, deshalb ist es verständlich, daß die Botschaften der polnischen Propaganda bzw. der Propaganda über Polen sich nicht in Warschau befindet, sondern im Auswärtigen Amt in der Spree."

Die traurigen Worte gegen Deutschland.

Das deutsche Angebot des Sicherheitspakts hat überall in Polen ein solch gewaltiges Trompetengeschmetter erzeugt, das sich gegen Deutschland richtete, so daß die ganze Welt aufmerksam geworden war, und schließlich als man das Sinn- und Augenlicht dieser Aktion einfaßt, den Kopf geschüttelt. Man konnte sich in der Welt kein Bild machen, wozu diese mächtigen Angriffe gegen Deutschland eigentlich gut sein sollten. Man machte sich darüber Gedanken und glaubte auf der einen Seite, daß es Angst auf der anderen Seite, daß es Kurzsichtigkeit ist. Man hat durch dieses gewaltige Geschehen nur den einen Eindruck hinterlassen, daß doch eigentlich Polen sehr, sehr schwach sein müsse, wenn es gleich mit sovielen Löwen zu antworten beginnt.

Einen ähnlichen Eindruck machte die Danziger Angelegenheit. Sehr ruhig nahm sich in Polen nur der "Kurier Porannski", der sehr kühl blieb und recht fluge Anschaulungen zu in einem Artikel Stellung, und stellte bei dieser Gelegenheit fest, daß



man in allen Streitfällen zwischen Polen und Danzig Ruhe auf Seiten Danzigs und lieber auf Seiten Polens betrachten kann, während es doch eigentlich umgekehrt sein sollte. Dann aber heißt es weiter: „Das Biße, welches mit künstlichen Mitteln des journalistischen doping erhalten wird, wirkt am ehesten in den politisch nicht reichen Gesellschaftsschichten und beträgt die Wahrheit der Worte Bismarcks, daß der Staat für die durch die Presse eingeschlagenen Schriften zahlen müßt. Heute, wo das Biße vorüber ist können wir uns sagen, daß uns dieser Danziger Paroxysmus nicht gut bekommen ist. Er hat zwar gar nicht im entscheidenden Augenblick unserem Kredit gejagt, aber er brachte eine Welle von Beschuldigungen und Verdächtigungen, daß wir die Unruhestifter in Europa sind. Solche Artikel, wie im „Oberschles. Kurier“ und im „New Statesman“ sind der unmittelbare Reiz des Leichtsinn, mit welchem man bei uns die Kampagne gegen den „englischen“ Hohen Kommissar in Danzig unternommen hat.“

Eine ähnliche Auffassung spricht die „Meczpolita“ aus in ihrem Artikel „Der wertvolle Bundesgenosse des Friedens“. „Der Friede hat es die europäische Diplomatie verstanden, daß der stärkste Bundesgenosse die Gewohnheit ist. Deshalb das Spiel mit dem Aufschub. Über die Gewohnheit entscheidet nur die Zeit und ausschließlich die Zeit. Eine unangenehme Sache wird nach einer kurzen Zeit gleichgültig und dann sogar lieb. Einrichtungen, die mit Gewalt aufzusäubern werden, wachsen nach Verlauf eines halben Jahrhunderts soweit in das Leben des Volkes, daß, wenn man sie wegnehmen wollte, die Einwohner zu den Waffen greifen, weil sie dies als ein schweres Unrecht ansehen. Die Diplomaten des Völkerbundes wissen, was sie tun, wenn sie nach dem besten Muster, durch Aufschieben der Entscheidungen die Streitfälle teils milbern, teils weniger empfindlich machen bis zu der Zeit, wo sich die Menschen an die neue Ordnung in Europa gewöhnen. Deshalb dürfen wir nicht über die angebliche Unfruchtbarkeit der Generäler Beratungen spotten, denn es ist eine Tatsache, daß sie zu der Zeit gerade dadurch nützlich werden, daß sie von jeder Entscheidung sich zurückhalten. Sie erlauben auf diese Weise, daß der Baum in die Erde wächst. Die diplomatischen Methoden sind nicht so naiv wie sie auf den ersten Augenblick erscheinen. (Sehr weise! Red. Pos. Tagl.) Sie spielen mit den Fühlern des Menschen.“

Im Warschauer Sejm finden derzeit in der Budgetkommission die Beratungen über den Haushaltspol für das Jahr 1925 statt. Die „Polonia“ zeichnet in ihrer Nummer vom 11. März ein kleines Bild dieser Beratungen:

Ein kleines Parlament!

nennen die Franzosen die Sitzungen der Budgetkommission in der parlamentarischen Sprache. Und man kann dieser Bezeichnung nicht eine ziemliche Berechtigung abstreiten. Die Verhandlungen in dieser Kommission haben die Eigentümlichkeit, daß man auf Grund der Analyse des Budgets nicht nur die Beschlüsse vorgelegten Biffern bespricht, sondern zugleich die Gesamtheit der Politik des Ministers, also die Vergangenheit, Gegenwart und die Zukunft. Denn für alles, was im Staate geschieht, oder geschehen soll, muß der Staatschatz zahlen, und infolgedessen ist im weiten Sinne alles mit dem Budget verbunden.

Ich will nun ein äußerliches Bild über die Arbeiten der Budgetkommission geben, und ich will mich zu diesem Zweck heimlich in den Saal Nr. 38 einschleichen, wo die Sitzungen stattfinden. Man muß sich vor Augen halten, daß die Sitzungen der Kommission nicht öffentlichen Charakter haben, und zwar „gründlich“ nicht, was bedeutet, daß sie das Los aller „Grundsätze“ teilen. Im Saal sehen wir drei Tische in Hufeisenform. Bei dem mittleren Tisch sitzt der Vorsitzende, den rechten Tisch vom Eingang hat die Riede und das Rentamt inne, die Linke hat die innere Seite des linken Tisches und einen Teil der Sessel in der Mitte des Hufeisens zwischen den beiden Tischen eingenommen. Die Sessel an der linken Wand bilden den Besitzstand der Beamten, d. i. der Vertreter der Regierung, während an der rechten Seite die Galerie für die Abgeordneten sich befindet, die nicht Mitglieder der Kommission sind, und für die Senatoren. Zur Linken des Vorsitzenden sitzt der Referent des Teiles des Budgets, welcher auf der Tagesordnung steht und der Protokollführer. Zur Rechten des Vorsitzenden ist der Platz für den Hauptangestellten reserviert, das ist für den Ressortminister, ferner für den Vertreter der Obersten Kontrollkammer, den Vertreter des Finanzministeriums und schließlich die Ministerialbeamten, welche für den Minister zur Hilfe delegiert sind. Diese Hilfe ist manchmal sehr zahlreich. Auf einer Sitzung wurde die Anwesenheit von 25 Beamten gegenüber 10 Abgeordneten festgestellt. In großer Begleitung machte gewöhnlich der Kriegsminister einen Angriff auf die Kommission. Einmal brachte er sogar 35 Offiziere mit, mit Söhnen, Orden und Revolvern zur großen Festlegung der jüdischen Abgeordneten, welche nach dem Grundsatz „sicher ist sicher“, so schnell als möglich den linken Tisch verließen und eine zuhörende Ecke aussuchten. (!)

Eine Beschwerde.

Der im preußischen Landtag sitzende polnische Abg. Boguski hat im Landtag eine Beschwerde eingebrochen, in der er sich beschwert, daß deutsche Staatsbeamte gleichzeitig Mitglieder heimatstreuer Verbände sind. Der Herr Abg. Baczewski mußte sich das vorerst einmal bei uns in Polen ansehen, um einen Begriff davon zu bekommen, was hier in dieser Hinsicht möglich ist. In der „Polonia“, die in Oberschlesien erscheint, werden am 2. März die kulturellen, nationalen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Stadt Ruda besprochen. In diesem Aufsatz sind so mancherlei schöne Einzelheiten enthalten, die man unbedingt bekanntgeben und der Nachwelt erhalten muss.

In dieser oberschlesischen Stadt sieht nämlich an der Spitze des Westmarkvereins der Richter Bronislaus Bobolecki. Wie möchten noch einmal mit Nachdruck betonen: ein Richter. Dieser Richter hat folgendes festgestellt:

„Die hiesige Gruppe des Westmarkvereins hat die erste Aufgabe darin zu sehen, vor allem das polnische Leben zu stärken und der deutschen Agitation entgegenzuwirken, die in Ruda, weil es sich um einen Grenzort handelt, besonders stark ist. Ich muß feststellen, daß die deutsche und die kommunistische Agitation sich gegenseitig unterstützen. (Beweise dafür bringt dieser oligistische Herr Richter nicht; er behauptet, stellt fest und damit bestätigt. Red. Pos. Tagl.) Dank unseres Einflusses haben die Gemeindebeamten ihre Kinder aus der Minderheitsschule herausgenommen. (Sehr milde Gefälligkeit! Red.) Übrigens gibt es hier keine deutschen Kinder. (Wo mögen die bloß hingeraten sein? Red.) Die polnischen Eltern sind nur der deutschen Agitation zum Opfer gefallen, und darum haben wir jetzt hier Minderheitsschulen. Mit Schmerz (!) stelle ich fest, daß die Flüchtlinge aus Deutsch-Schlesien, die vor der deutschen Verfolgung (!) geflohen sind, zum größeren Teil die Kinder in die Minderheitsschule gegeben haben. Doch in letzter Zeit beginnen sich die Verhältnisse zu bessern.“ Dann heißt es noch weiter: „In Verteidigung des Polentums und im nationalen Interesse tritt der Arbeiter immer entschieden auf. Als Beispiel kann der Abschluß des Hochs. Herrn Piechocki dienen, eines hervorragenden Patrioten und ausgezeichneten Predigers, dessen Abreise aus Ruda im November vorigen Jahres auf deutsche Einflüsse zurückzuführen ist. Die Arbeiter wollten dem Hochs. Herrn Piechocki nicht aus der Stadt lassen, spannten die Pferde aus und brachten den Priester ins Kloster zurück. Nur auf die inständigen Bitten des Priesters selbst und dank seiner beruhigenden Ansprache stimmten sie seiner Abreise nach

Kralau zu, wobei ich ihnen versprach, daß ich bei den maßgebenden Persönlichkeiten mich um seine Rückkehr nach Ruda bemühen werde.“

Verlogene Berichterstattung.

Wir berichteten über die gestörte Katholiken-Versammlung in Sohrau nach dem „Oberschles. Kurier“. Heute bringen wir eine Darstellung der „Meczpolita“, die im „Oberschles. Kurier“ erschienen ist und auch von diesem Blatte mit Anmerkungen versehen wurde. Es heißt dort:

„Wie verlogen die Berichterstattung sein kann, wenn es sich um Deutsche handelt, dafür mag ein Bericht der „Meczpolita“ unter dem Titel „Organisation der deutschen Katholiken in Katowice“ dienen. Es heißt da: „Am 8. d. Ms. fand eine Organisationsversammlung des Verbandes deutscher Katholiken statt. An der Versammlung nahmen ungefähr 200 Personen teil. Infolge der provokatorischen Anfrage des Vorsitzenden des Volksbundes entstand ein Tumult, welchen die Teilnehmer der Versammlung, die sich zum Potentat bekennen, veranlaßt haben. (Wiederlich! Was haben denn diese in einer Versammlung der Deutschen Katholiken zu tun?) Es entstand eine Rasse musik, und man warf mit Sesseln auf die Rednertribüne. Es sah aus, als ob es zu einem furchterlichen Krawall käme, aber die Polizei forderte die Anwesenden auf, sich ruhig zu verhalten, und ließ es zu keiner weiteren Diskussion kommen. Die Versammelten gingen auseinander, und die Gründung der Organisation deutscher Katholiken kam nicht zustande.“

Dazu sagt der „Oberschles. Kurier“: „Die Leser werden es leicht heraushaben, daß es sich um die Versammlung der Ortsgruppe des Verbandes deutscher Katholiken in Sohrau handelt. Außerdem können wir die Mitteilung machen, daß der Vorsitzende des Volksbundes an der Versammlung nicht teilgenommen hat und infolgedessen keine provokatorische Ansprache halten konnte. Übrigens ist der Vorsitzende des Volksbundes nicht einmal Mitglied des Verbandes deutscher Katholiken. Wem von den Lesern es einen Spaß macht, möge unsern Bericht über die Vorfälle bei der Versammlung in Sohrau nachlesen und damit den entstellten Bericht der „Meczpolita“ vergleichen.“

Deutsch-polnisches Abkommen über die Verwaltung der Grenzstrecken der Neiße und der Küddow.

Vom 12. bis 14. d. Ms. haben in Schneidemühl Verhandlungen zwischen deutschen und polnischen Regierungsvertretern wegen des Abschlusses eines Abkommens über die Verwaltung der gemeinschaftlichen Grenzstrecken der Neiße und der Küddow stattgefunden. Die Verhandlungen wurden auf deutscher Seite von dem Gesandten Dr. Gerdardt, auf polnischer Seite von dem Leiter des Transitkomitees im Außenministerium, Kurganiecki, geführt.

Ein am 14. d. Ms. beiderseits unterzeichnetes Abkommen versteilt die Verwaltung der Grenzstrecken in Anlehnung an eine vorläufige Verständigung zwischen der Regierung in Schneidemühl und der Wojewodschaft in Posen dergestalt, daß deutscherseits der obere Teil der Grenzstrecke der Küddow und der untere Teil der Grenzstrecke der Neiße, polnischerseits der untere Teil der Grenzstrecke der Küddow und der obere Teil der Grenzstrecke der Neiße mit den darin befindlichen Schleusen und Wehren verwaltet und unterhalten wird.

Herr Thugutt das Steinchen.

Gefahren für das Kabinett.

Im „Kurier Poznański“ lesen wir:

„Im November vorigen Jahres trat Stanisław Thugutt in das Kabinett Włodzimierz Grabiski ein, und zwar im Hinblick auf das fast aufforderliche Drängen des Premiers, in der Absicht der Regelung der Pazifizierung — wie es einige wollten — der bis zum höchsten Grade erhöhten Verhältnisse in der Ostmark. Außerdem sollte Thugutt nach der Ansicht des Regierungschefs als starker Linkskräfte die allzu rechts aussehende Farbe des Kabinetts neutralisieren. (!) Der Arbeitsbereich des Vizepremiers sollte so sein, wie er ihn zu erfassen vermochte. Ein Kontakt wurde hierüber nicht ange fertigt. Die Arbeit Thugutts begann damit, daß sogleich zum Gleichgewicht auf die Posten des Innenministers und des Vizeministers für innere Angelegenheiten die Herren Ratajski und Smolski eingeführt wurden. Männer, die zum Lager der Rechten gehören. Der erste von ihnen erklärte sogar, daß er niemandem, selbst dem Vizepremier nicht, gestatten werde, sich in sein Ministerium einzumischen, in dessen Bereich die Verhältnisse der Ostmarken liegen. Der Zweite sagte nichts. Und nun begann die oben erwähnte „Erfassung“ der Arbeit durch Herrn Thugutt, die in unaufhörlichen Kämpfen um die Entziehung mehrerer Kompetenzen bezüglich der Ostmarken berührte. Die Chefs der drei hauptsächlich interessierten Ministerien: für Inneres, Kultus und Landwirtschaft, schlugen Schlachten mit dem Vizepremier in den Sitzungen des Ministerrates oder des engeren politischen Komitees — die einen um Einzelheiten, um sogenannte Stückchen, die anderen um Parteidoktrine. Sie wollten in Herrn Thugutt einen persönlichen Feind sehen, der nicht das Interesse der Republik erfaßte, das auf einer wirklichen und nicht auf dem Papier stehenden Besiedlung der Ostmarken beruhte. Bekannt ist der Schritt des Vizeministers Smolski mit dem Rundschreiben, das hinter dem Rücken Thugutts erlassen wurde, und alle haben die Veripetition mit dem Gesetzentwurf über die Abgeordnetenversammlungen, der von Herrn Ratajski redigiert war, in Erinnerung. Diese beiden Sachen waren jene Klöcke, die von Posenreihern denen angehängt werden, die allzu hoch blieben. Diese Klöcke bewegten Herrn Thugutt dazu, auf die Erde zu schauen... Er bemerkte, daß er in dieser Gesellschaft Arbeit für den Staat nicht werde erfaßt können, und verlangte eine Präzisierung seiner faktischen Attributionen. In der Antwort wurde dem Vizepremier zu verstehen gegeben, daß alles wohl gut sei, aber des arbeitlichen Gleichgewichts wegen ein Vertreter der Rechten, der Abg. Stanisław Grabiski, in der Rolle des Kultusministers ins Kabinett eintreten müsse. Herr Thugutt könnte stolz darüber sein, daß die Rechte seine Person so schwer wägt, und auf die gegenüber liegende Schale so viele ihrer Vertreter setzt. Der Vizepremier sah jedoch, daß alle seine guten Absichten und seine ganze Energie, die er für den Staat herbeigewollte, vergeblich seien, und ging einen Schritt weiter als am vergangenen Freitag, indem er dem Premier mitteilte, daß er seinen Posten verlässt. Schwer ist es, jetzt eine Wissenskunde der Denkungsweise und des politischen Vorgehens des Ministerpräsidenten zu beginnen. Man kann annehmen, daß er, in den polnischen Blättern vergaßt, nichts weiter als den Blödsinn. Nicht nur, was um ihn herum in der Republik, sondern was in der ganzen Welt geschieht. Inzwischen laufen auf dem internationalen Markt in der Form des ersten diplomatischen Angriffs auf Polen alle politischen, kulturellen, militärischen und propagandistischen Vernachlässigungen aus, die das vorige Kabinett der Art aus Parteilichkeit und das gegenwärtige des Blödsinns begingen. Zu diesen Vernachlässigungen gehört auch die Frage der Ostmarken, unzweifelhaft unsere innere Angelegenheit, die aber den Charakter eines

siegt, und hier müßte sich die Regierung, richtiger Herr Włodzimierz Grabiski — denn außer dem Arbeitsminister und dem Außenminister steht man da keine Individualitäten — darüber entscheiden, welche Politik gegenüber den Ostmarken geführt werden soll: eine Polizeipolitik oder eine Politik der Rechtsordnung, eine Politik der Faust oder des Geistes. Die Demission des Herrn Thugutt weist auf die erste Eventualität hin. So könnte man der Meinung sein, daß es gut ist, wenn die Schalen des Parteidreiecks, die vom Premier so lange Zeit mit unschöner Weise gehalten wurden, endlich das stehende Niveau einbüßen. Die eine, die ungemein nach rechts geneigt ist, wird der Regierung ein deutliches Merkmal mit allen Folgen dieses Standes geben. Die andere erwähnen wir oben, nämlich die Möglichkeit des Rücktritts noch eines weiteren Ministers der Linken, und zwar des letzten. Die weiteren Folgen: rücksichtloser ungehemmter Druck der Reaktion während der Haushaltserörterungen, die Steigerung der bisherigen Oppositionsintentionen der Linken, von der anderen Seite der Kammer, — liegen auf dem nächsten Plane der Bahn, auf der das Kabinett Grabiski sich nach rechts bewegen kann bis zum Fallzug. War sie die halboffizielle Erklärung die Bemühung des Premiers vor. Thugutt im Kabinett zu behalten; es scheint jedoch, daß nicht nur die innere, sondern auch jetzt die äußere Lage eine gründliche Reaktion des Kabinetts, also auch der Männer, die in ihm sitzen, verursachen muß. Der Vizepremier Thugutt spielt somit gewiß die Rolle eines Steinchen, dessen Beseitigung die Bewegung eines großen Felsblocks hervorrufen“

Beweise bringen!

In unserer Sonntagsnummer veröffentlichten wir zwei längere Artikel eines polnischen „Juristen“, die im „Kurier Poznański“ veröffentlicht worden waren. Die Veröffentlichung war mit „An die Adresse des Gemischten Schiedsgerichts“ überreicht. In diesem Artikel fand sich u. a. auch die Behauptung, daß der polnische Staat zu Recht das Inventar beschlagnahmt habe, weil diese deutschen Domänenpächter die Domänen untergewirtschaftet hatten, und daß er sich nur so schaden halten könne. Heute geht uns eine Zuschrift zu, die wir gern veröffentlichen. Wir erhoffen eine Antwort — obwohl wir bestimmt glauben — daß gerade in dieser Hinsicht, wenn es sich um Beweise handelt, der polnische Jurist sich in allen Sprachen der Welt ausschweigen wird.

Die Zuschrift lautet:

„Als früherer Domänenpächter will ich mich kurz zu dem Artikel äußern, sonst heißt es: qui tacet consentire videtur.“

Näher darauf einzugehen, was dieser geniale Jurist über die Schadensersahansprüchen und Inventarberechnung sagt, lohnt sich nicht. Diese Ausführungen stehen auf einem Niveau, daß man ihnen schon von weitem aufsteht, solche Dummheiten können nur durch eine uralte und chauvinistische Brille gelesen sein. Aber der selbe geniale Jurist fühlt sich bewogen, die Ursachen des teils freiwilligen, teils gewaltsamen Fortgangs der Domänenpächter von ihren Domänen einer mit Ironie und Würde gemischten Kritik zu unterziehen. Hier bitte ich den Herren, mit offener Namensnennung und Beweisen zu dienen, damit die von ihm jetzt anonymer Angeklagten sich verteidigen können, bringt er keine Namen und Beispiele, so dokumentiert er hierdurch, daß er öffentlich skrupellose und ungerechtfertigte Verdächtigungen ausgesprochen hat.“

H. Berndt.

Republik Polen.

Um Thugutts Rücktritt.

Der „Kurier Warszawski“ sieht eineklärung der Lage, die sich nach dem Rücktritt des Ministers Thugutt gebildet hat. Am heutigen Dienstag vor. Der Ministerpräsident Grabiski war am Montag beim Staatspräsidenten mit dem er die Frage des Rücktritts im Zusammenhang mit der Belebung des Kultusministerpostens besprach. Der Vizepremier Thugutt soll der Premier gestern bestimme Vorschläge gemacht haben, die zur Belebung des Zwischenstaates führen sollten. Viele Blätter äußern die Überzeugung, daß die Demission Thugutts wegen des zugeneigten Verhältnisses zwischen Grabiski und Thugutt keine Kritik herauftreten und Thugutt das Gesuch vielleicht sogar wieder zurücknehmen werde.

Protestversammlungen.

Der „Kurier Poznański“ meldet aus Warschau: Die Hauptstadt erlebt am Sonntag einen Tag großer Kundgebungen, die gegen die Versuche der Antastung unserer Westgrenzen protestieren sollten. Mittags war der ganze Theaterplatz von unübersehbaren Menschenmassen erfüllt, zu denen vom Balkon des Rathauses der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Senator Balinski, und der Stadtpräsident Jabłonowski sprachen. Die Redner wiesen auf die Bedeutung der Kundgebungen als Protest gegen die deutschen Räume hin. Die Ansprachen fanden warmen Beifall bei der tausendköpfigen Volksmenge. Zum Schlus wurde von den Anwesenden ein Eid abgelegt. Zugleich mit dieser Kundgebung fand im Saale der Stadtverordnetenversammlung eine große Sitzung von Vertretern von Organisationen und Vereinigungen statt, in der eine Entschließung gefaßt und ein Eid abgelegt wurde. Nach Ablösung der „Rota“ bildete sich ein großer Umzug, der sich nach dem Ministerpräsidium bewegte. Eine Sonderdelegation mit dem Präsidenten Jabłonowski an der Spitze legte im Palast des Ministerpräsidiums vor dem Premier einen Eid ab. Von der Ratafia Vorstadt bewegte sich der Umzug durch die ul. Ostolińska nach dem Sachsenplatz vor die Lafel des unbekannten Soldaten, wo die Nationalhymne gesungen wurde, womit die Kundgebung beendet war. Gegen 11 Uhr vormittags fand auf dem Platz vor der Universität eine Studentenkundgebung statt, an die sich ein Umzug nach dem Sachsenplatz anschloß. Eine Gruppe von Studenten und Arbeitern versuchte vor den Gesandtschaften zu demonstrieren, doch die Polizei ließ die Manifestanten weder vor die englische Gesandtschaft auf dem Nowy Świat, noch vor die deutsche Gesandtschaft in der ul. Piastowska.

Wie die Polnische Telegraphenagentur aus Thorn meldet, fand am Sonnabend in Puławy eine Sitzung von sozialen und politischen Organisationen der Stadt und des Kreises Puławy statt, in der gegen die deutschen Garantievorschläge protestiert wurde.

Die Wyżwolenie.

Dem „Kurier Poznański“ wird gemeldet: Am Sonnabend und Sonntag beiert im Saale der Hugenotten-Gesellschaft in Warschau der Oberstl. Rat der „Wyżwolenie“. Über die volkstümliche und parlamentarische Lage sprach Abg. Dąbrowski, der sich für die Auflösung des Sejm und die Ausschreibung von Neuwahlen auf der Grundlage der alten Wahlordnung erklärte. Abg. Rudziński sprach über die parlamentarische Politik, wobei er die Regierung verteidigte. In seiner Rede erwähnte er den Ausritt Thugutts aus der Partei und erklärte, daß Thugutt sich vom Club der „Wyżwolenie“ in den Anschauungen über die Taktik und das Verhältnis zur Regierung Grabiski unterschieden habe. Nach Rudziński war Thugutt Anhänger eines Regierungswechsels durch unseres Wissens. Deshalb setzte er als Minister ohne Portefeuille ins Kabinett eingezogen. Der Club der „Wyżwolenie“ dagegen war Anhänger der Erweiterung einer charakterparlamentarischen Opposition. Am weiteren Verlauf der Beratungen sprach der Abg. Malinowski über das Programm der Partei und der Abg. Burek über das Konföderat.

Mittwoch, 18. März 1925.

Vom Paulinum.

Die Angelegenheit der Liquidation des Alumnates Paulinum ist durch den am 4. März 1925 erfolgten Entschluß einer einstweiligen Verfügung (mesure conservatoire) seines des deutsch-polnischen Gemischten Schiedsgerichtshofes in Paris in ein Stadium geireten, das ohne Heranziehung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen nur schwer zu überblicken ist. Bekanntlich leitet der polnische Staat seine Berechtigung zur Liquidation deutscher Güter, Rechte und Interessen aus den Bestimmungen des Artikels 92 Abs. 4 in Verbindung mit Artikel 297 des Verfaßter Friedensvertrages her. Unter Bezugnahme auf diese Bestimmungen wird die Befugnis zur Liquidation der Grundstücke Posen-Wida Nr. 97 und 67, in denen das Paulinum untergebracht ist, seitens des Liquidationsamtes in Polen aus der Tatfrage herleitet, daß im Grundbuch dieser Grundstücke am 10. Januar 1920 der Centralausschuß für Innere Mission der Evangelischen Kirche in Deutschland als Eigentümer eingetragen war, das Grundstück also zu den in Art. 92, 297 des Friedensvertrages bezeichneten deutschen Gütern gehört. Der Centralausschuß hat gegen die Zulässigkeit der Liquidationsmaßnahmen am 12. Dezember 1924 beim Gemischten Schiedsgerichtshof Klage erhoben mit dem Hinweis darauf, daß im Art. 297 nur private Güter, Rechte und Interessen genannt sind, der Güter öffentlicher Körperschaften, zu denen der Centralausschuß zweifellos gehört, aber keine Erwähnung getan ist, woraus gefolgt wird, daß diese also der Liquidation nicht unterworfen werden sollten. Es kommt hinzu, daß das Paulinum kirchig eng ist und pädagogischen Wert besitzt, alles Momente, die die Zulässigkeit der Liquidierung höchst zweifelhaft erscheinen lassen und eine höchststänzliche Gerichtsentscheidung erheissen. Hierbei soll die mit der Liquidierung gerade dieses Grundstückes verbundene Intoleranz gegenüber den unierten evangelischen Kirchen völlig außer Betracht gelassen werden und einer späteren Erörterung vorbehalten bleiben.

Diese Situation hat aber mit einem Schlag durch den Entschluß des Schiedsgerichts vom 4. März eine Klärung erfahren. Mit der Zustellung dieser Entscheidung an den polnischen Staatsvertreter in Paris hört jeder gute Glaube auf. Dieser Moment verändert jede weitere, bis zur endgültigen Entscheidung des Schiedsgerichtshofes in Kenntnis des Beschlusses vorgenommene Liquidationsmaßnahme in eine bewußte und gewollte Verlegung des Friedensvertrages. Denn die Einrichtung des Schiedsgerichts und die Verpflichtung zur Anerkennung seiner Entscheidungen und Beschlüsse beruht ebenso auf den Bestimmungen des Friedensvertrages, wie die Berechtigung des polnischen Staates zur Liquidation. Hierbei sei bemerkt, daß der Beschuß des Schiedsgerichts vom 4. März keineswegs eine endgültige Entscheidung über die Frage der Zulässigkeit der Liquidation an sich enthält, ja nicht einmal geeignet ist, irgend welche Schlüsse auf den Ausfall der endgültigen Entscheidung zuzulassen. Er stellt sich nur als eine beschlußmäßige Sicherungsmaßnahme dar, wie sie in den Artikeln 44–46 der für den deutsch-polnischen gemischten Schiedsgerichtshof erlassenen Prozeßordnung de dato Genf, den 29. September 1921, vorgesehen sind, und die etwa mit der einstweiligen Verfügung der deutschen Bündnisordnung (§ 935) zu vergleichen ist. Solche Sicherungsmaßnahmen und einstweiligen Verfügungen sind in Beziehung auf den Streitgegenstand zulässig, wenn zu befürchten ist, daß durch eine Veränderung des bestehenden Zustandes seitens der einen Partei die Wirklichkeit des Rechts der anderen Partei vereitelt oder wesentlich erschwert werden könnte. Da der Schiedsgerichtshof diese Besorgnis hegte, hat er auf Antrag des Centralausschusses in dem genannten Beschuß dem polnischen Staat die Verpflichtung auferlegt, sich aller Verpflichtungen in bezug auf das streitige Grundstück zu enthalten.

Mittels Schreibens vom 5. März hat das Liquidationsamt dem Kuratorium des Paulinums eine Verfügung zugehen lassen, in welcher diesem mitgeteilt wird, daß sich der Vorstand des polnischen evangelischen Vereins in Begleitung eines Magistratsmitgliedes innerhalb 7 Tagen, vom Datum des Schreibens ab gerechnet, im Paulinum einzufinden und ein Übernahmeprotokoll aufzunehmen werde, bei welchem das Kuratorium mitzuwirken habe. Gleichzeitig wird in der Verfügung angeordnet, daß binnen zehn Tagen nach Aufnahme des Übernahmeprotokolls das Paulinum zu räumen sei.

Am Abend des 12. März erschien Vorstandsmitglieder des polnisch-evangelischen Vereins in Begleitung einer Reihe anderer Persönlichkeiten mit schriftlicher Vollmacht des Liquidationsamtes im Paulinum, die die Übergabe durch Aufnahme eines Protokolls

verlangt haben und zugleich auch in dem Alumnat einen Verwalter einzusetzen wollten. Es scheint also, daß man bestrebt gewesen ist, dem Beschuß des Schiedsgerichts durch Schaffung vollendetet Tatsachen zuvorzutreten.

Schlesisch-Ostrau versinkt.

Brünn, 14. März. Die Stadt Schlesisch-Ostrau ist mit Stollen derart unterminiert, daß sie geradezu auf einer Höhle wohnt. Sie ist eine eindrucksvolle, von der sie nur eine Erdkruste trennt. Die Folgen der jahrelangen Kohleförderung beginnen sich nun mehr auch schon an der Oberfläche zu zeigen. Das erste Zeichen der ungenügenden Tragfähigkeit der Erde machte sich bereits im Jahre 1912 an der Domkirche bemerkbar, deren Ostseite damals einen großen Absatz bekam. Der Boden begann zu unten so, daß es notwendig war, das Innere des Gebäudes zu räumen, die Außenmauern zu vermauern und die Kirche ihrem Sanktuarium zu überlassen. Hoffnung auf eine Wiederherstellung und Neuerrichtung der Kirche ist fast keine vorhanden.

In einem ähnlichen Schicksal sind nun mehr auch das staatliche Krankenhaus und die Bürgerschule in Schlesisch-Ostrau betroffen worden. Unio ge des zwar nicht wahrnehmbaren aber sinnigen Sinkens des Bodens versiegte im Gebäude des Krankenhauses zahlreiche Fußböden, die Wände erhalten Risse und an zahlreichen Stellen werden gefährdende Risse an der Konstruktion wahrgenommen. In der Bürgerschule wiederum ist vor kurzer Zeit ein Portal eingestürzt, alles in allem deutliche Anzeichen einer sich langsam, aber sicher vorbereitenden Katastrophe.

Die neuen Häuser von Schlesisch-Ostrau werden daher so gebaut, daß bei einem eventuellen Sinken des Grundes ein einheitliches System des ganzen Fundaments erreicht wird. Aus diesem Grunde wird der Grund eines jeden größeren Baues auf einem tiefen Ebenenfundament unter Anwendung zahlreicher Tiefenstützen aufgebaut. Unter dem neuen Rathaus sind die Grabungen nach Kohle wegen der begründeten Gewalt, das auch dieses Gebäude von dem Schicksale der Domkirche erfüllt wurde, eingestellt worden.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 17. März.

Ein Abschiedsgottesdienst.

Herr Pastor Stuhlmann, der Ende dieses Monats einem Ruf nach Berlin an die Bartholomäusgemeinde folgen wird, versammelte am Sonntag seine Gemeinde zu einem letzten Gottesdienst in der St. Pauluskirche. Trotz des draußen tobenden Schneegestöbers war das Gotteshaus bis auf den letzten Platz gefüllt und ließ deutlich erkennen, wie weit der Kreis seiner Freunde und Verchrer über den Rahmen seiner Gemeinde hinausgedehnt ist. Der Gottesdienst gestaltete sich zu einer erhabenden Feier, geprägt von Gefühlen der Dankbarkeit und Schmerzen des Abschieds. Nach dem liturgischen Eingangsalnton intonierte der St. Pauli-Kirchenchor die Motette: „Sie ziehe hin, Gott sei mit Dir, und sein Engel geleite Dich“, woraus die Solopartie des Herrn Polnack besonders ergreifend hervortrat. In der nun folgenden Predigt entwidete der Scheideende auf Grund des Schriftwortes: „Wir haben hier keine bleibende Statt, sondern die aufwändigen suchen wir“. Gedanken über die Zeitlichkeit unserer irdischen Wohnstätten, wobei er in kurzen Sätzen auch einen Rückblick auf seine mehr als 25jährige Amtszeit war, zuerst als Pfarrer in Mecklenburg in Köln, zuletzt in Posen. Bilder unermüdlicher Hingabe seiner Amtstätigkeit, warme Worte des Abschieds an seine Gemeinde, seine Amtsbrüder, seine Frau und viele anderer Wirkungskreise und Wirkungsstätten, herzliche Dankesfassung auch für so manngleich empfangene Liebe und Anerkennung, alles berührte die Herzen der lauschenden Zuhörer mit inniger Anteilnahme, und von manchem Auge perlte die Träne auftrichtiger Trauer. Aber der Geistliche erhob aller Herzen durch die tröstliche Mahnung und den Hinweis auf die aufwändigen Stätte, die wir alle noch suchen, und mit der Aufrichtung an der Kraft des göttlichen Wortes endete diese bedeutsame Predigt. Nun erlangt vom Orgelchor herab das Hillesches Lied: „Herr, den ich tiefe im Herzen trage, sei Du mit mir“, gefungen von Fräulein Eggebrecht, die mit flangvoller, schöner Stimme und in edlem Vortrage die weihvolle Stimmung der Gemeinde hob und weitertrug. Gefränt wurde die Stunde der Andacht mit einer warmherzigen Ansprache des Geh. Konfessorialrats D. Staecker an seinen Amtsbruder Pastor Stuhlmann vor dem Altar des Gotteshauses. Bewegten Herzen führte dieser aus, wie sehr sich der Scheideende während der 18jährigen Tätigkeit um seine Gemeinde verdient gemacht habe, wieviel

Liebe und Anhänglichkeit er allerorten gefunden habe, und in kraftvollen, überzeugenden Worten sollte er ihm Anerkennung und innigen Dank.

Zur Altershilfe.

Fast denkt man, es würde Winter. Aber, nur von kurzer Dauer kann dieser verschneite Schneefall sein. Der Frühling kommt doch, und in die ersten Apriltage fällt das Osterfest, das Fest, an dem die Kinder durch bunte Eier erfreut werden. Aber nicht nur den Kindern soll Freude bereitet werden, und nicht nur die eigene Tisch soll nach alter hergebrachter Sitte reich mit Osteressen besetzt werden. Da sind die Alten, denen ganz besonders die Fürsorge gilt. Ihnen soll Freude am Osterfest gebracht werden, und sie sollen fühlen, daß sie nicht verlassen sind, daß sich liebevolle Herzen und Hände öffnen, um Freude zu bringen. Es tut ja so bitter not, hier zu helfen, und das Alter, das sich müde gearbeitet hat und nicht mehr allein für das tägliche Brot sorgen kann, zu stützen. Noch nie sind die Bitten des Wohlfahrtsdienstes Altershilfe für die bedürftigen Alten ganz ungehört verhakt, denn jeder weiß ja, wieviel unverschuldet Armut es gibt. Darum geht auch jetzt wieder die Bitte hinaus, hier zu helfen, den armen Alten zum Osterfest einen reichen Tisch zu dichten und ihrer Freude zu bereiten. Gebte Gabe ist willkommen!

Alle Lebensmittel, Eier, Schinken, Speck, Mehl usw. nimmt das Büro des Wohlfahrtsdienstes, Wahl Bezirkshauptmanns 2 (fr. Kaiser-Ring) entgegen, Geldspenden alle deutschen Banken und die Geschäftsstellen der deutschen Tageszeitungen.

A Die nächste Stadtverordnetensitzung findet morgen, Mittwoch, zu gewohnter Stunde statt. Auf der Tagesordnung stehen außer einer Reihe von Wahlvorlagen, von denen die Wahl eines Mitgliedes zum Stadtsenatorrat und dessen Vertreter erwähnt sei, folgende Angelegenheiten:

Bildung einer Deputation für den neuen Stadtteil Kommanderie, Erklärung des Vorsitzenden in Sachen der Delegiertenwahl zur Stadtdietag; Erklärung des Vorsitzenden in Sachen der Wahlen zum Wojewodschaftslandtag; Bestätigung der Jahresrechnung des Gutes Naramowice für 1923; Beauftragung der Jahresrechnung der Bank Maria-Poznań für 1924; Bewilligung eines Nachtragskredits für den Bau der unterirdischen Bedürfnisanstalt auf dem Platz Wolnec; Aufnahme einer Anleihe und Kauf der Gasanstalt in Gdówno.

s. Katholisch-kirchliche Personalnachrichten. Der Kardinal-Erbischof Dr. Dalbor ernannte den Geistlichen Rat und Propst Bolesław Kazimierski in Samter zum Konsistorialbeamten beim Erzbischöflichen Administrationsgericht für die gegenwärtige Kadenz; die Kommande des Benefiziums in Schrimm erhielt der Defan und Propst Julian Cichowski in Olszowa; das Benefizium in Obornik erhielt der Propst Alfons Grabschinski in Gosciany; das Benefizium in Domachowo erhielt der Defan und Propst Dr. Ludwik Sobolowski in Alt-Gostin; die Administration der Parochie in Dratzig erhielt der Geistliche Wojciech Kuławski in Wronke.

X Grundsteuer. Die Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft schreibt: In der Tagespresse ist eine Notiz veröffentlicht worden, nach der die erste Rate der Grundsteuer bis zum 15. März d. J. zu zahlen ist. Diese Notiz beruht auf einem Irrtum. Die erste Rate der Grundsteuer ist zu zahlen in der Zeit vom 15. 3. bis zum 15. 4. Die Grundsteuer wird für 1925 nach den jetzt vorliegenden Bestimmungen erhoben in der Gesamthöhe der im Jahre 1924 geleisteten Zahlungen. Es wäre also als erste Rate die Hälfte der im Vorjahr gezahlten Summe zu entrichten. Die zweite Rate ist zu entrichten in der Zeit vom 15. 9. bis 15. 10.

*** Bromberg, 16. März.** Am Sonnabend sind die Straßenbahnenführer und Schaffner, dagegen nicht die Kommandebeamten ohne Benachrichtigung der Direktion in den Aussitanlagen getreten, so daß seitdem der Straßenbahnhof leer ruht. Die Direktion erließ daher am Sonnabend eine Aufrufserklärung an die Streitenden, sich bis zum Sonntag mittag zur Wiederaufnahme der Arbeit zu stellen. Nachdem aber niemand dieser Aufrufserklärung Folge leistete, richtete die Direktion heute an die Streitenden eine zweite Aufrufserklärung, bis morgen mittag ihre Papiere und die noch ausstehenden Böhne in Empfang zu nehmen und die Uniformen abzugeben.

*** Samter, 16. März.** Die Hundesperrre für Stepnowo, Koblniki und Dobrogostowo ist aufgehoben.

Die Damen werden sich freuen, meinte Volkonski höflich.

Seine Blicke tasteten über Suwalkoffs Schreibtisch. Auf der blauen Luchplatte lag noch das leere Rubert mit dem Siegel der „Außerordentlichen Kommission“.

Suwalkoff trat mit einer hastigen Bewegung, die allzu unmotiviert war, um unauffällig zu sein, neben den Schreibtisch.

Volkonski lächelte. Es war sein gewöhnliches, hochmütiges und westmännisches Lächeln, das Suwalkoff jedesmal von neuem das Blut in die Stirn trieb. Es war das Lächeln des Herrn von Petrowsky, dem der Bauer nicht mehr war als der Leibeigene.“

„Auf Wiedersehen, Sergei Alexandrowitsch.“

„Er wird dieses Lächeln niemals verlieren,“ dachte Suwalkoff. „Er wird es auch in der Stunde nicht verlieren, da sie ihn hinrichten. Auch in jener Stunde wird er sein unausstehliches Lächeln nicht ablegen.“

Er starre mit abwesendem Ausdruck auf die Tür, die sich hinter Volkonski geschlossen hatte.

In diesem Augenblick sah er Alexander Volkonski. Und er begriff, daß er das Ausgelöschtwerden dieses Menschen mit der ganzen Kraft des Hasses ersehnte, der aus seiner Liebe zu Maria Petrowna entsprang.

Vielleicht ist es ein ähnlicher Hass, der Oserhinski die Kraft zu seinem entzündlichen Werk verleiht,“ mußte er denken. „Aber es ist wie eine böse Vorbedeutung, daß wir, die wir das Evangelium der Gleichheit und Brüderlichkeit predigen, unsere Kraft aus dem Hass schöpfen müssen.“

Er trat zum Fenster, das sich von neuem mit einer dicken Eissschicht zu bedecken begann, und starre in das fahle Graublau des frühen Winterabends.

Die grellen Rufe des Autos schauerlied durch die Stille.

Im Nebenzimmer gingen die Schritte des Fürsten Alexander Volkonski auf und nieder. Es waren fast lautlose und doch seltsam unruhige Schritte. Sie erinnerten an die Schritte eines Raubtieres, das zäh und listig auf eine Befreiung aus seinem Kerker summt.

(Fortsetzung folgt.)

Blutrausch.

Eine Liebesgeschichte aus dem roten Russland.

Bon Gertrud von Brodorff.

(19. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Er nahm den Brief und lehrte ins Zimmer zurück. Die alte Natascha kniete vor dem Kamin und bemühte sich, das fast erloschene Feuer durch Blasen wieder in Gang zu bringen. Suwalkoff hatte den Verdacht, daß ihr Verweilen in seinem Zimmer nicht allein dem Feuer galt.

„Etwas Schlimmes von der „Außerordentlichen Kommission“?“

Sergej Alexandrowitsch?“

Suwalkoff lächelte.

„Nichts Schlimmes, Natascha.“ Er riss den Brief auf. Er enthielt nichts, als eine von Oserhinski unterzeichnete, auf Suwalkoffs Namen lautende Vollmacht, im Namen der „Außerordentlichen Kommission“ Verhaftungen vorzunehmen.

Suwalkoff war ein wenig bleich, als er das Schreiben in die oberste Schiebleide seines Schreibtisches schloß. Er ahnte die Macht, die ihm urplötzlich und ohne sein Zutun in den Schoß gefallen war.

Oserhinski dachte er an Alexander Volkonski. Das Gefühl seiner Macht über diesen Mann, den er hakte um Maria Petrownas willen, übermannte ihn. Ein seltsames, fast wollüstiges Lächeln entblößte seine Zähne.

Ein Geräusch ließ ihn zusammenschrren. Er bemerkte, daß die alte Natascha noch immer im Zimmer stand und ihn ansah.

„Was ist, Natascha?“

„Nichts, Sergei Alexandrowitsch.“ In ihrem faltigen, versorgten Gesicht war ein Ausdruck wie beim Anblick eines Gespenstes.

„Was hast Du, Natascha?“

Sie murmelte zwischen den Zähnen: „Dein Gesicht ist mit einem Male so fremd, Sergei Alexandrowitsch.“

Er lächelte zerstreut und strich sich mit der Hand über die Stirn.

Hallesehe Zeitung
Landeszeitung für die Provinz Sachsen
für Anhalt und Thüringen.

**Bestes
Insertionsorgan
des mitteldeutschen
Industriegedietes**

Halle (Saale) / Leipziger Str. 61/62
Telefon 7801, 5008, 5009, 5010.

Unsere Annoncen-Expedition

nimmt alle für auswärtige Zeitungen und Zeitschriften bestimmten Anzeigen entgegen
und vermittelt diese ohne Kosten-
aufschlag zu Originalpreisen.

Drukarnia Concordia Sp. Akc.
(fr. Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.)
POZNAŃ, ulica Zwiersyniecka 6.

Achtung, Optanten!

Habe Grundstücke aller Art in Deutschland zu kaufen oder zu verkaufen.
Stadigrundstück, m. Land u. Landwirtschaften in jeder Größe, auch
Wohnungen m. Stell. 1 zt Porto beilegen, von seines Amtes.

Jakob Szlepanski, Schönlanke
(Neukreis), Posener Straße 31 (Deutschland).

Optanten u. Auswanderer

welche sich in Deutschland anlaufen wollen, erhalten zusätzliche Auskunft unter L. 4579 an die Gesellschaft dieses Blattes.

Tausch. Wichtig für Optanten.

2 Geschäftshäuser
1 Hinterhaus mit 3 großen Räumen, zusammen
50 Zimmer, 1 modernes Fabrikgebäude an
zwei Straßenfronten, 2 Einfahrten. San. es kann
1906 modern erbaut für alle Zwecke geeignet, auch geteilt.

Besitzer geeigneter Objekte

(Hand Mühlen, Gasthäuser usw.)
wollen sich direkt zwds Erklärung an den Ge-
stalter wenden. Die Objekte liegen in der berühmten
Stadt Solingen (Rheinland).

Jan Kortylewski, Poznań-Solacz, Plac Spiski 2.

Goldgrube.

Ein seit ca. 25 Jahren bestehendes Unternehmen in
welchem Maschinenreparatur, Pumpenfabrikation,
Brunnen- und Pumpenbau und Installations-
arbeiten betrieben wird, mit einem modernen Wohn-
haus an der Hauptstraße gelegen, machine einger.
Fabrikraum, Geräte- und Lagerbestände, Schuppen,
großem Hof mit Garten u. einer Segel Pommere-
lien, in unter günstigen Bedingungen
zu verkaufen, verpachten od. zu verhandeln.

Gest. Angeb. unter P. 4480 a. d. Gesellsch. d. Bl.

Pflanzkartoffeln

„Deko“ und „Pavonia“ ausverkauft.
Dominium Golina Wielka (Langgöle),
Kreis Nowy Targ.

Ausschneiden!

Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Seite)
für den Monat 1925

Name

Wohnort

Postanstalt

Straße

Klee-
Dreschmaschinen

Lanz
sind die besten.

Sofort lieferbar
ab Lager Poznań
der General-Ver-
tretung für Polen

Nitsche i Ska.

Poznań, Kantaka 10

WARSZAWA
Zlota 30.

Selten!

Wir empfehlen sehr gut er-
halten, gebunden wie neu, an-
tiquar. zur Ansichtung:

Karl May Mein Leben und

Sieben,

Kaefeld, Der Wiesenhof,

Fabel, Buch 1921, geb.

Daehaus, D. v. Berichtszeit,

Adlerauer, Naturum geb.

Bergar, Joch. Petersens, Jagd-

u. Kriegsfahrten in Afrika.

Wir empfehlen: Cypas

Das Auerwald, Jagd, Jagd-

und Wild, 5 zt. — Dom-

browski, Die Dre Jagd, 5 zt.

Wir empfehlen neu sofort
lieferbar:

Radio bei Oskar Herbert

mit 12 Vollbildern u. vielen

Abbildungen im Text geb.

Auto u. Motor bei Oskar

Herbert mit 12 Vollbildern

und vielen Abbildungen im

Text geb.

Ballonbuch i. Radio- Ama-

teure, Anten, zu Selbstan-

der Einzelteile für Radio-

Empfänger, geb.

Buchdruckerei der

Drukarnia Concordia Sp. Aka.

(fr. Posener Buchdruckerei

u. Verlagsanstalt T. A.)

Poznań, Zwierzyniecka 6.

Obstbäume

Fruchtsträucher

Früchte

Aprikosen

Alleebäume

Biersträucher

Schlingpflanzen

Deckenpflanzen

Blütenstaude

Mosai

Große Böden, sowie alle an-

deren Baumsträucher sind

sehr preiswert und exi-

statisch

[2704]

Aug. Hoffmann

Baumschulen, Gniezno

Telephone 212

Wegen Ausgabe d. Post-
karte ich für 1. Juli 25 ander-

weitige

Pachtung

von ca. 1000 Morgen. Die
Summe für d. zu übernehmende
Inventar könnte jetzt schon
hinterlegt werden.

Gest. Antrag. unter P. 4578

an die Gesellschaft d. Bl.

Original Futterrübensamen „Substantia“

**Wissenschaftliche
Beurteilung:**

Prof. Dr. Ehrenberg weist
anlässlich seines Vortrages am
7. II. in Poznań besonders auf
den hohen Futterwert der „Sub-
stantia“ hin.

Prof. Dr. Schneidewind (Er-
nährung d. landwirtsch. Kultur-
pflanzen). Zwar sind die Roh-
erten d. wasserreichen Futter-
rüben erheblich höher, als die
der wasserarmen, nicht aber
die produzierten Trockensub-
stanzmengen, auf welche es
ankommt.



**Urteile
aus der Praxis:**

Dr. Strübing Starlus bei
Gelenz, ... sendet ich „Sub-
stantia“ füttere, die sich hier bis
Ende Juni gehalten hat, habe
ich ständig geeignet gesundes
Futter für meine Schweine,
darin liegt der nicht hoch ge-
nug zu schätzende Vorteil der
Züchtung.

P. Helne, Landeskonomie-
rat, Kloster, Hadmersleben
... war mit der „Substantia“
sehr zufrieden, besitzt wenig
Nebenwurzel, läuft sich leicht ro-
den, der Ertrag war befriedigend.

Names und Bildzeichen gesetzlich geschützt.
Führende Gelehrte, wie praktische Landwirte treten für Verfütterung
nährwertreicher, weniger wasserhaltiger Futterrüben ein.

Preis pro Ztr. 57.— Zloty. 30—90 Pfund pro Pfund 0.60 Zloty.
Wiederverkäufer werden gebeten, Spezialisiert einzuhören.

Bleeker-Kohlsaat. Ritterguts-
besitzer, Słupia Wielka, Post Sroda.

**Mäntel u. Schläuche
zu Fahrrädern**

Eigenes Fabrikat

Eigenes Fabrikat

„PNEUMATYK“

Tow Akc.

Fabrik in Poznań, ul. Ratajczaka 22.

**Tadellose Waren
Einjährige Garantie
Preise mäßig.**

2—3000 zt.

auf 1. Hypothek eines Grundstückes geacht. Gest. Offerten
unter 4500 an die Gesellschaft dieses Blattes erbeten.

Ausse seines und mageres

Bieh

waggonweise zahlreiche vorliegt.
Offerien mit Angabe der Wage nach Preis.

W. Jezierski, Poznań

Fr. Ratajczaka 18. Tel. 5218 u. 5484.

Ausse Milchkühe,

nur Herdbuch-Tiere vorliegen in Frage. Anfangspreise auf-
geschlossen. — Offerien bitte mit Angabe des Milchvertrages
und Alters sowie mit Preisangabe zu richten, um 4563
an die Gesellschaft dieses Blattes.

Stedzwiebeln | **Photographischer Apparat**
kleinste Sorte in großen 9x2 zu kaufen gefucht
Mengen empfohlen 9x2 zu kaufen gefucht
angebote mit Preis unter 4563
Fr. Hartmann, Oborniki. a. d. Gesellschaft. d. Bl. erb.

Verkaufte

**10 ältere und
Junge starke Arbeitspferde**

darunter 2 dreijährige Stahlschimmel und mehrere
Zuchttiere, desgleichen 4 zweijährige belgische Hengste.

Dietsch, Chrustowo, Station Oborniki,
eventl. Szamotuly.

**Schnittmaterial, Arbeitswagen,
beiflag. u. unbeflag. Arbeitswagenräder,
sowie Nisthöhlen**

(Entfernung Vertrag),
Herrschaft GÓRA, pow. Jarocin.

15 000 Zloty

als erste Hypothek auf
Grundstück, Sicherheits-
wert 40.000 Zloty,
bei unehmbarem Einsatz
geacht.

Gest. unter W. 2814
an die Gesellschaft, die es
Blattes erbeten.

Mittwoch 18. März 1925.

Die Deutschen Südslawiens für die unmittelbare Autonomie.

Sämtliche deutschen Mandate bestätigt.

Brünn, 16. März. Anlässlich der Verhandlung über die deutschen Abgeordnetenmandate im Wahlprüfungsausschuss des Parlaments trat der tschechoslowakische Demokrat Goll für die politische, wirtschaftliche und kulturelle Freiheit der nationalen Minderheiten ein, sprach sich aber gegen den Bestand separater Parteiorganisationen dieser Minderheiten aus, da solche in einem nationalen Staat wie Südslawien nicht berechtigt seien. Der Vertreter der Deutschen Minderheit legte dar, dass die Deutschen ihre Bildung und Rechte lokal erfüllten bzw. ausübten. Minderheitlichen Erklärung Grolls bei, dass die nationalen Minderheiten gewisse gerechtfertigte Forderungen zu stellen hätten, die eben berücksichtigt werden müssten. Schließlich betonte Moller, dass der Deutsche Kulturbund ausschließlich den kulturellen Bestrebungen der Deutschen Südslawiens diene. Der Ausschuss bestätigte hierauf sämtliche deutschen Abgeordnetenmandate.

Ueber die blutigen Zusammenstöße in Halle.

Zu den blutigen Zusammenstößen in Halle gelegentlich einer kommunistischen Wahlversammlung, von denen wir gestern berichteten, wird jetzt noch folgendes gemeldet:

Mit Rücksicht auf die Aktivität der Propaganda der Kommunisten hatte der Polizeipräsident von Halle die geistige Versammlung als gefährlich bezeichnet und die angekündigten Redner verbieten, was dem Versammlungsleiter verboten war. Die Versammlung war von 6000 Personen besucht. Bald nach Eröffnung bestieg ein englischer Redner die Bühne. Ein Überwachungsmeister wollte ihn bzw. den Versammlungsleiter auf das Verbot aufmerksam machen. Da fielen von der Galerie Schüsse auf die Beamten, wie es scheint, aus einer Maschinengewehr. Die Schuhmannschaft suchte zum Teil hinter den Kulissen der Bühne Deckung. Man warf nach ihnen mit Stühlen und Biergläsern. Die Schuhmänner machten in der Abwehr von der Schuhmannschaft Gebrauch. Ob die ums Leben gekommenen Personen erschossen sind, steht noch nicht fest.

Der weitere Verlauf des Rothardoprozesses in Magdeburg.

Nachdem die letzten Aussagen des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert in dem bereits in erster Instanz entschiedenen Prozess, abermals verlesen und einige andere Zeugen vernommen wurden, geht die Verhandlung weiter. Es wurde zunächst Vaher vernommen. Er sagte aus, dass Ebert sich stets auf den Standpunkt der Landesverteidigung gestellt habe. Im weiteren Verlauf der Verhandlung kündigte Rechtsanwalt Dr. Martin im Namen der Verteidigung den Beweis dafür an, dass die Unabhängigen mit den Mehrheitssozialdemokraten vor dem Streik über den Streik Verhandlungen geführt hätten. Als nächster Zeuge wurde der frühere Staatssekretär Wallraf vernommen. Er sprach über die beiden Sitzungen des Hauptausschusses des Reichstages vom 22. und 23. Januar. In der ersten Sitzung hätte Ebert sich zu dem Streik in Österreich geäußert und gesagt, dass die Sozialdemokraten und Arbeiter Deutschlands den Streik mit voller Sympathie begrüßt und ihre volle Solidarität erklärten hätten. Nachdem Wallraf weitere Angaben über diese beiden Sitzungen gemacht hatte, kam er auf die Vorgänge zu sprechen, über die Scheidemann in der Verhandlung am Freitag sich geäußert hat. Er habe, ehe Scheidemann zu ihm gekommen sei, mit diesem sich telefonisch ausgesprochen, und habe ihm gesagt, er sei jederzeit für die Abgeordneten zu sprechen; mit den streitenden Arbeitern zu verhandeln müsse er, da es sich um politische Dinge handle, ablehnen. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Dozmann: Was hielt die Regierung damals für vorteilhafter, den Streik durch schnelle Verhandlungen, wenn sie überhaupt möglich waren, friedlich beizulegen, oder ihn zu unterdrücken? Wallraf: Ich bin noch heute der Meinung, dass, wenn die Regierung Verhandlungen über den Streik hätte herbeiführen wollen, der Streik bedeutend größeren Umfang angenommen hätte. Er war der erste große politische Streik während des Krieges.

Deutsches Reich.

Dr. Hellbach auf Wahlkreisen.

Der für die Deutsche Demokratische Partei nominierte Kandidat für die deutsche Reichspräsidentenwahl Dr. Hellbach wird in der nächsten Zeit an den verschiedenen Stellen in Deutschland sprechen. Danach kann ihm außerordentlich inhaltsvollen Vortrag nach.

Minsterbesprechung bei Dr. Simons.

Derstellvertretende Reichspräsident Dr. Simons empfing im Laufe des gestrigen Nachmittags die Herrn Reichsminister a. R. Stresemann und v. Schleicher zum Vortrag. Im Laufe des heutigen Vortrags stellte der preußische Ministerpräsident Marx zugleich in

Bereitung des Reichsgerichts-Herrn Dr. Simons seinen Gesandten ab, ferner machte Oberstaatsanwalt Dr. Voigts dem Stellvertreter des Reichspräsidenten namens der Stadt Berlin heute seine Amtswidung.

200 000 Mess. bejahr. in Leipzig.

Leipzig 17. März. Auf Grund der vereinbarten Meßabzeichen, Tage fahren und der aufgegebenen Ausstellerkarten ist festgestellt worden, dass in Geam 200 000 Mess. bejahr. der Leipziger Tü jaarsmesse 1925 min etens 68 000 beträgt. Ganzkarten ferner Büdnen, Abneis, Studenten- und Schülernkarten usw. sind dabei nicht gezeigt. Bei der Hinwendung über breiter die Gesamtbevölkerung der Bev. er füllt der Tü jaarsmesse 200 000.

Europäische Flieger auf deutschem Flugtag.

Der Schweizer Flieger Metzger, der auf seinem Jungflugtag von Zürich nach Teheran geflogen war, hat nun mehr auch die Überquerung Persepolis von Süden nach Norden vollendet. Er ist in Teheran angekommen und in Teheran geplant, nachdem er als zweiter Flieger den etwa 5600 Meter hohen Gipfel des Damavand überflogen ist. Metzger wird nun mehr die Rückreise auf dem Wasserweg antreten. Das Fliegerfest beginnt in Berlin.

Das Blaue und Gold.

Bozen, den 17. März.

Zu den geplanten städtischen Wohnungsbauten.

Das Darlehen, das die Ubezpieczalnia Krajobrazowa (Alters- und Invaliditäts-Versicherungsanstalt) dem Magistrat zu den Wohnungsbauten einräumen will, beträgt 3 Millionen zł.

Hausbauungsschule Birnbaum.

Am Mittwoch endete der zweite Kursus der Hausbauungsschule des Kreisbauernvereins Birnbaum, der am 27. November v. J. begann, und in dem achtzehn Töchter von Mitgliedern der Westpoln. Landw. Gesellschaft der Vereine Birnbaum, Birk, Mechtnatz, Samter und Pinne ausgebildet worden sind.

In dem festlichen Gepräge tragenden Schulsaale fand nachmittags 4 Uhr die Prüfung in den theoretischen Fächern statt, die den Anwesenden ein Bild der vielseitigen hauswirtschaftlichen Ausbildung gab, die die Schülerinnen erlangt hatten, und damit ungeteilte Anerkennung und Bestriebigung fanden. An die Prüfung schloss sich eine Kaffeetafel an, die muhterhaft gedeckt und besetzt war. Große Heiterkeit erregte es, als die hübschen Tischkärtchen der Kursusinnen verlesen wurden, die auf der Rückseite poetische Widmungen enthielten, in denen in humoristisch-satirischer Weise einzelne Schwächen und Stärken der Inhaberinnen hervorgehoben waren. Die Schülerinnen erhielten nur ihre Teilnahmebezeichnungen mit durchweg recht guten Bezeugnissen.

Abends fand im großen Saale von Bielmann die Abschlussfeier statt, während im kleinen Saale die Ausstellung der Schulerzeugnisse dargeboten waren. Hier waren 25-30 verschiedene Töchter, ein Schmuck jeder Herzhaftigkeit, aufgestellt, einfache Kochrezepte, Kleingebäck, Konfekt, Süßspeisen, Crèmes, Süßen, Salate verschiedener Art, daneben leckere Appetithäubchen zu Bergen aufgeschichtet. Sogar selbstbereitete Haushaltungsschulküche hatten ihrer Erledigung. Und das alles war, als des Bräuchens genug war, in kurzer Zeit der Vernichtung preisgegeben. Auf Seitenlinien fanden sich die Handarbeiten der Schülerinnen ausgebreitet und boten ebenfalls ein Bild des Fleißes und der Geschicklichkeit der Schülerinnen, und vor allem der tüchtigen Lehrerin Fräulein Wittig.

Engnischen hatte die stellvertretende Vorsteckende des Kreisbauernvereins, Ingenieur Schneider-Bielzki, den Festabend mit einer Ansprache eröffnet, worauf die Schülerinnen einen Rosenkranz aufführten und endlosen Beifall fanden. Dornen und Rosen eröffneten darauf in ihren farbenprächtigen Kostümen im Saal die Polonaise, der sich das Publikum anschloß. Es folgte Tanz auf Tanz im bunten Gemisch mit Theater und Vortragsstücken. Sehr gefällig war das Theaterstück "Die Schichtkultur". Besonders hervorzuheben ist aber auch die heitere Duofest-Szene "Stadt und Land" mit der hübschen ansprechenden Musik. Eine Schülerin sprach namens der Schulgenossinnen deren Dank für den Kursus den beteiligten Personen und Korporationen aus. Sie schloss mit den Worten, "das schöne Birnbaum und die freudigen Stunden der gemeinsamen Lehrzeit werde den in Freundschaft zusammengehörigen Schülerinnen durchs ganze Leben ins Herz geschrieben sein". Alle, die den Kursus beobachten konnten, glauben das.

a. Der 75. Geburtstag des Präsidenten der Tschechoslowakei, Masaryk, wurde am Sonntag in der Universität begangen. Die Feier veranstaltete der hiesige polnisch-tschechoslowakische Verein; sie stand unter dem Protektorat des hiesigen tschechoslowakischen Konsuls Dr. Goss.

s. Besuchswel. Das Grundstück Meje Marcinkowskiego 8 (fr. Wilhelmstr.) hat die Bank Biagiaku Spółek Zarobkowych an den Besitzer der Konditorei "Barzgawianka", Raczakski, verkauft.

Rücken — er heiratete. Und die ersten Ehejahre in Berlin erhalten durch oftmalige Reisen Antrieb und Reiz.

Mit der Jahrhundertwende wird Studen zum Dramatiker, der freilich kein Epiker bleibt. In schweren, flangreichen Doppelreimlyrik, prunkvoll, voll schwerster, fast lastender Gotik, schreibt er nun seine große Dramenreihe vom "Grail", "Gaman" und "Lanval", und "Lancelot" und das jetzt neu geformte "Merlins Geburt", das als "Lucifer" in Dresden vor Wochen neu entstehen sollte. Reinhard und die Burg segnen sich für ihn ein: man bewunderte und erkannte als wertvoll. Wie in "Tizram und Yolt" sah man, welche starke stoffliche und formale Elemente Studen in dem ganzen Zyklus darreicht: er begnügt sich nicht mit der Nachzählung der Handlung, er sieht Motive aus dem fiktiven Sagenkreis, aus mittelalterlichen Romanen und den Liedern der Troubadours mit eigenen Erfindungen mit Gestalten eigener Phantasie. In seiner Lyrik, seinen innerlich starken Balladen und seinen Dramen ist Studen Werbender, der amarbeiten sein muss!

Er ist geheimnisvoll und reich an Visionen, er überrascht durch Einfach und vergleichende Wendung, er gemahnt hier und da an Macbeth; und doch ist er ganz eigen — ganz einsam auch. Er greift zur Welt der isländischen Sage in "Aitid", er schreibt uns ein einziges Minndrama in der Tragikomödie "Die Gesellschaft des Abbe Châteauneuf", und des flämischen Baudemalaars Adrian Brouwers dargestellte Gestalt fängt er in all ihren kleinen überliefernten Bildern auf. Kraftvolle Genrebilder von Spielern und Rüven, von diesem Künstler, der fast im Malen, desto behender im Verzieren war, hält er fest; aber er übergiebt ihr Philosophischer Spekulation, gibt ihnen Schwere und Schwermut — und Entgleiten.

Machte die Stoffwahl hier bei "Adrian Brouwers Hochzeit" verwundert sein lassen, glaubte man, der weitfremde Künstler wolle sich wirklich die lebendige Bühne erringen — wie ward man überrascht, als Studen ganz wenige Jahre später als Epiker — auch der Form — auf den Plan trat: der dreibändige Roman "Die weißen Götter" (wie Studens Gesamtschaffen Erfolg). Ein Riesenwerk hat Studen hier geschaffen: die Geschichte der Erziehung des Landes der Azteken, Mexicos, dieses Landes ältester Kultur, durch Comedie und seine Soldaten, die "weißen Götter". Bieder schafft der Dichter, der Ethnograph, der Kunsthistoriker. Stein fügt er jüngst zu Stein, bis ein riesenmosaike entsteht. Aber ein Werk von wirklicher Gewalt, man lebte die Arbeit ab. Da lebte er der Wissenschaft den

g. Ein Kraftwagenverkehr ist auch zwischen Posen (Katzbachstr.) — Kurnit — Bnin eröffnet worden. Abfahrt von Kurnit 8 Uhr früh, Ankunft in Posen 8.45; Abfahrt von Posen nach Bnin 1 Uhr nachmittags; Rückfahrt nach Posen 8 Uhr nachmittags.

s. Zum Schutz gegen Hochwassergefahr wird Unterwilde gegenwärtig um einen halben Meter höher gelegt. Von hier aus soll auch eine Straße nach den Sportplätzen angelegt werden.

Hauptversammlung der Historischen Gesellschaft für Polen. Die diesjährige Hauptversammlung, die zugleich vierzigjährige Erinnerungsfeier an die am 5. März 1885 erfolgte Gründung der Gesellschaft sein soll, findet nicht, wie schon mitgeteilt, am 19. März, sondern erst am Montag, dem 30. März, im kleinen Saal des Evangelischen Vereinshauses statt. Es werden sprechen Herr Verbandsdirektor Dr. Leo Wegener über "Neue Aufgaben und Richtlinien für die Arbeit der Historischen Gesellschaft" und Herr Generalsuperintendent D. Blau über "die Geschichtsphilosophie Spenglers in ihrer Bedeutung für die Beurteilung der heutigen und politischen Lage der Gegenwart." Zu den Vorträgen, die um 8 Uhr beginnen werden, sind Gäste willkommen. Vorher findet um 7 Uhr die Erledigung des geschäftlichen Teiles statt, zu dem nur Mitglieder Zutritt haben.

Deutscher Theaterverein Bozen. Der Deutsche Theaterverein Bozen bestätigt, am Sonnabend, 21. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, "Minn von Barnhelm" als Schüleraufführung zu wiederholen. Die Kosten einer solchen Veranstaltung sind jedoch zu hoch, als dass der Verein das Risiko derselben übernehmen könnte. Er bittet daher alle Schulvorstände in Stadt und Provinz und alle diejenigen, die ein Interesse an der Wiederholung der "Minn von Barnhelm" haben, sich die Eintrittskarten bis Donnerstag, 19. d. Mts., spätestens zu bejorgen, da sich die Vereinsleitung gezwungen sehen würde, die Vorstellung abzusagen, wenn die Beteiligung bis zu dem genannten Tage zu gering sein sollte. Der Verein hat sich bereit erklärt, den Eintrittspreis für Schüler und Schülerinnen unter 18 Jahren um die Hälfte zu ermäßigen. Für Erwachsene bleiben die alten Preise bestehen, und zwar 4, 8 und 2 zł. Die Saalkarten werden von Montag ab im Konzertengeschäft von Stoessel, zw. Martin-Ecke ul. Gwara, zu haben sein. Ebendort werden auch Beitragszahlungen zum Deutschen Theaterverein Bozen eingegangen. Diejenigen Mitglieder des Theatervereins, die ihre Vorausabschnitte 3 und 4 noch nicht eingelöst haben, können diese auch zu dieser Nachmittagaufführung in Zahlung geben. Die Quittungen für das zweite Vierteljahr mit den Vorausabschnitten 5-8 werden Ende d. Mts. eingezogen werden. Außerdem wird bekanntgegeben, dass der Verein von jetzt ab alle Dienstage im kleinen Zimmer des Café Bristol sogenannte Lesefeste abhält. Am kommenden Dienstag, abends 8 Uhr, sollen u. a. besprochen werden: die Schüleraufführung "Minn von Barnhelm", das Gastspiel in Eggenau, ein event. Gastspiel in Bromberg, der "Hühnerhenschel" von Gerhart Hauptmann und der "Lebensschüler" von Ludwig Fulda. Alle Männer und Freunde des Vereins, die sich am Spiel beteiligen, oder auf andere Weise den Verein unterstützen wollen, können an der Befreiung teilnehmen.

Polizeiliche Hundeversteigerung. Das Starostwo Grodziec bittet uns, zujużtellen, dass am Freitag, 20. d. Mts., dort im Zimmer 8 eine Versteigerung von zwei Dobermannhunden und eines Stubenhundes stattfindet.

Als Zigarettenzähler festgenommen wurden gestern in der ul. Wodna (fr. Wasserstr.) zwei Männer, die im Besitz von 8650 deutschen Zigaretten verwohnen worden waren.

Kirchendiebstahl. Eine Dame ist in der Franziskanerkirche durch Kirchendiebstahl der Betrag von 98 zł aus der Handtasche gestohlen wor.

Vom Wetter. Heute, Dienstag, früh 8 Uhr waren 11 Grad Celsius. Die höchste an einem Januartage erreichte niedrigste Kälte in diesem Winter nur 9 Grad.

Vereine, Veranstaltungen usw.

Mittwoch, den 18. 3.: Gemischter Chor Wilda: Übungsstunde. Mittwoch, den 18. 3.: Evang. Verein Junger Männer: 7-10 Uhr Probe

Donnerstag, den 19. 3.: Evang. Verein Junger Männer: 8 Uhr Bläsen.

Donnerstag, den 19. 3.: Stenogr. Verein: 8½ Kursus.

Donnerstag, den 19. 3.: Polnische Gesellschaft: 8 Uhr Sitzung im Bristol.

Freitag, den 20. 3.: Evang. Verein Junger Männer: 7 Uhr Turnen.

Freitag, den 20. 3.: Verein Deutscher Sänger: 8 Uhr Übungsstunde.

Sonnabend, den 21. 3.: Evang. Verein Junger Männer: Wochenabschlussandacht. Vorher Generalprobe im großen Saale.

□ Birnbaum, 16. März. In Somagora (fr. Golenberg) wurde eine zum Gasthause an der Chaussee gehörende Scheune, die einer größeren Anzahl von Waldarbeitern als Schlafräume diente, Donnerstag vormittag durch Feuer zerstört.

spannend wie die Erzählungen unserer Kindertage, das erbangen macht ob seiner Gründlichkeit, und doch nicht mehr loslässt. Wir greifen zum Alles, müssen komplizierte Stammtafeln abhören — aber wir tun es! Nicht leicht ist die Form: sie ist von der Sprachkultur, die Studen nun einmal in sich trägt. Aber es ist Einheit, es ist Neues, Fremdes, das einer erlebt hat nach Jahrhunderten — und uns miterleben lässt!

Studen der Forscher — Studen der Epiker: so beginnt sein Leben — so mag es wohl schließen: die Literaturgeschichten werden seine Gralsdramen nur noch streifen — einst, aber sie werden seine "weißen Götter" verzeihen — bestimmt!

Bücherth.

* Unbewusstes Seelenleben. Die Psychoanalyse Freuds, in ihren Hauptzügen. Von Hans Bulliger. Mit 20 Abbildungen. Preis geh. M. 1.20, geb. M. 2.—. Brückner'sche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart. — Was ist Psychoanalyse? Wörtlich überetzt heißt es: Seelenzerlegung, Seelenzergliederung. Der Begriff Psychoanalyse bedeutet aber viel mehr als eine Seelenzergliederung. Die Seele besteht nicht, wie Hans Bulliger in seinem zweiten bei der Brückner'schen Verlagsbuchhandlung erschienenen Büchlein "Unbewusstes Seelenleben" sagt, aus Beispielen oder Elementen, sondern austrägen, die immer und ohne weiteres neue Beziehungen miteinander eingehen. Psychoanalyse umfasst also zugleich die Synthese, sie ist nicht als Zersetzung, sondern zugleich als Neugestaltung aufzufassen. Hans Bulliger hat aufbauend, als Neugestaltung aufzufassen. Hans Bulliger hat sich in seinem Buchlein der recht schwierigen Aufgabe unterzogen, das vielsch. angefochtene und mit Misstrauen betrachtete Thema gemeinverständlich und anschaulich darzustellen. Es ist ein feines und kluges Büchlein geworden. Was es sagt, ist durch Erfahrung und sorgfältige Beobachtungtrefflich erarbeitet, und wo es durch die Rückicht auf Kürze und Gemeindlichkeit verhindert ist, in dunkle Tiefe hinabzusteigen, läuft es diese Dimensionen, die sich der Forscher nicht entziehen darf, ahnen und mahnen zur Bescheidenheit. Eine originelle Ergänzung des Textes sind die 20 Abbildungen, die hauptsächlich die Übereinstimmung der Symbolik bei Kindern, Geisteskranken und Primitiven illustrieren und viel eindrücklicher wirken, als langatmige Auseinandersetzungen. Der Verfasser hat die meisten seiner Beispiele, mit denen er die Darstellungen erläutert, aus eigener Erfahrung geschöpft. Durch die Urprünglichkeit und Einfachheit der darin angeführten Beispiele gewinnt der Inhalt des Buches an frische und klarheit.

Handel, Finanzwesen, Wirtschaft, Börse.

Das Gesetz über die Dollaranleihe.

Berordnung über die Ausgabe einer Auslandsanleihe in amerikanischen Dollars. Dz. u. 1925. Nr. 22 (Auszug).

Zum Zwecke der Realisation der amerikanischen Anleihe wird der Finanzminister zur Ausgabe von Staatsobligationen bis zur Höhe von 50 Millionen Dollars ermächtigt.

Die aus der Realisation erlangten Kapitalien werden bis zur Höhe von 40 Millionen Dollars zum Bau von Eisenbahnenlinien verwandt, und aus dem Reste wird ein Staatswirtschaftsfonds als Kreditmittel für wirtschaftliche und bauliche Produktionszwecke gebildet, unter Einschließung der Binsen und der Kosten bedient. Die einzelnen Bedingungen der Ausgabe der Darlehen regelt ein zu erlassendes Statut.

Die Rückzahlung des Kapitals und der Binsen der Obligationen wird durch die Einkünfte der Eisenbahnen und der Budżet gesichert. Wenn diese Mittel nicht ausreichen, auch mit anderen Einkünften, die der Finanzminister bestimmt. Die zur Vergütung und Amortisation nötigen Beiträge werden in das jährliche Budget eingestellt. Der Amortisationszeitraum beträgt 25 Jahre. Die Amortisation erfolgt im Wege der Auslösung zu einem Kurs, der nicht höher sein darf als 105 Prozent. Die Vergütung der Obligationen darf nicht 8 Prozent überschreiten. Zur Amortisation wird ein Amortisationsfonds gebildet. Die Obligationen und die Binsen sind in Neuholz zahlbar, und zwar in Goldvaluta der Vereinigten Staaten. Sie sind frei von jeglichen Steuern des polnischen Staates. Der Finanzminister wird zum Abschluß der besonderen Verträge ermächtigt, die sich auf die Emission, auf die Größe der Stücke, den Verkaufspreis, die Rückzahlung des Kapitals und die Binsenzahlung, die Sicherung der Obligationen und alle erforderlichen Rechtsakte beziehen.

Industrie

Die Gewinnung von ausländischen Fachleuten für die russische Industrie soll ebenso wie die Ausbildung russischer Ingenieure, Techniker und Arbeiter in ausländischen Spezialfabriken nunmehr offiziell gefördert werden. Allerdings soll, wie es in den Beschlüssen der zuständigen Sowjetorgane ausdrücklich heißt, damit keiner Masseneinwanderung Vorschub geleistet werden. Gefordert wird, daß die fachliche Ausbildung der heranzuziehenden ausländischen Kräfte auf einer so hohen Stufe steht, daß sie als Instrukteure für das technische Personal russischer Betriebe auch wirklich verwendet werden können. Die Gehälter sollen von Fall zu Fall durch Verträge geregelt werden, die der Genehmigung des Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrates und des zuständigen Volkskommissariats bedürfen. Die z. B. in Russland eine vielleicht noch größere Rolle als in Deutschland spielende Wohnungsfrage soll durch die Träger, Syndikate usw., welche ausländische Spezialisten anstellen wollen, gelöst werden. Über die Notwendigkeit dieser Anstellung nehmen die Organe des Obersten Volkswirtschaftsrates Nachprüfungen vor. Wie wirktlich meldeten sind neuerdings in gewissen Lieferungsverträgen, z. B. mit der deutschen Farbindustrie, bereits Klauseln über die Entsendung deutscher Fachleute nach Rußland und die Weiterbildung russischer Techniker in deutschen Betrieben vorgesehen.

Wirtschaft

Das litauische Musterschulgesetz ist soeben im litauischen Staatsanzeiger veröffentlicht worden. Nach § 8 kann Ausländer der Musterdienst nur gewährt werden, wenn das Muster bereits im Heimatlande des Antragstellers geübt ist, und dieses Land die Recht der Gegenfeindlichkeit gewährt. Infolgedessen ist dem Antrage auf Eintragung des Musterdienstes eine Bescheinigung des Heimatlandes über die dort erfolgte Eintragung beizufügen. Nach Wunsch des Antragstellers kann der Schutz auf ein bis zehn Jahre gewährt und nach Ablauf dieser Zeit verlängert werden. Verleihungen des Musterschutzes verpflichten zum Schadenersatz und berechnen zur strafrechtlichen Verfolgung auf Grund entsprechender Verträge mit den anderen Staaten. Angehörige anderer Staaten, mit denen Litauen die Wahrung des gewerblichen Eigentums auf Prioritätsbasis vereinbart hat, genießen bei Anträgen auf Gewährung des Musterschutzes in Litauen die Vorhand innerhalb 4 Monaten vom Datum ihres Musterschutzantrages im Heimatlande. Das gleiche Recht genießen in Litauen auch die Angehörigen der Länder, die dem internationalen Verband zum Schutz des gewerblichen Eigentums angehören, und zwar von dem Zeitpunkt des Eintritts Litauens in diesen Verband bis zu seinem Auscheiden. Angehörige von Staaten, mit denen ein solcher Vertrag über den Schutz des gewerblichen Eigentums nicht besteht, genießen einen Vorrang nur in den Grenzen dahingehender Vereinbarungen. Durch dieses Gesetz werden die Bestimmungen der russischen Gesetzesammlung von 1918, Band 11, Teil II, Artikel 161, Absatz 1–21 des Gewerbegegesches außer Kraft gesetzt.

Von den Märkten.

Hols. Lódz, 18. März. Auf dem Holzmarkt hat sich die Situation in den letzten Tagen lenbar verbessert infolge des stärkeren Bedarfs. Dieses hat Einfluß auf die Erhöhung der Preise und eine stärkere Tendenz. Rundholz, für welches man bisher 19 zt für 1 Kbm. zahlte, kostet jetzt 26 zt. Holzangebot ausreichend, Verlauf größtenteils nur gegen Bargeld. Preise gehalten sich folgendermaßen: Kiefernrettner engros von ½ bis 4 Kbm einschl.: Stellmacherbretter 50, Tischlerbretter 70, Sparren behauen 40. Sparren geschn. 50–55, Tannenballen 65, Kiefernballen 50–60 zt pro Kbm.

Wolle. Połoz. 16. März. Wolle im Einkauf: 1. Gattung 120, 2. Gattung 140, 3. Gattung 160; im Verkauf 1. 140, 2. 160, 3. 180, bei Lieferung von Einheitswaggons 200. Tendenz sehr schwach. Die vorausgefahrene Preiserniedrigung ist eingetroffen, da sich die Preise von der vorigen Woche um 50 zt für 100 Kg. erhöhten.

Produktien. Katowice, 16. März. Weizen 42,25–42,75, Roggen 35–35,50, Hafer 31,50–32, Gerste 28–30, franz. Empfangsstation, Leinfuchen 34,75–35,25, Rapsflocken 26–27, Weizenkleie 28–28,50, Roggenkleie 21,50–22. Tendenz ruhig.

Lódz, 16. März. Tendenz für Getreide unverändert, Preise gehalten vom 14. d. Ms. Tendenz für Roggenmehl ruhig, für Weizenmehl unverändert. Kalischer Luzus-Roggenmehl 48,20, Kalischer Roggenmehl 50proz. 47,50 proz. 49, von der Provinz 50proz. 44,50, 55proz. 42, 60proz. 40, Kalischer Weizenmehl 55, aus der Provinz 52,50, Kalischer Griesmehl 45,25, aus der Provinz 40, amerikan. Mehl Nelson Patent (63½ kg.) 43,25, Manitoba (50 kg.) 34,50, Tendai (60 kg.) 34, Quaters (50 kg.) 34,25. Preise für Inlandsmehl verstehen sich für 82 kg. Preise für amerikanisches Mehl engros franz. Lódz.

Warschau, 16. März. Transaktionen an der Getreide- und Bärenbörse für 100 kg. franz. Verladestation: Kognat-Roggen 67,5 g/l 115 f. holl. 83, Pommerische Brauerei 83, Posener Brauerei 83,50, franz. Warschau Rapsflocken 24,75. Tendenz für Roggen etwas stärker. Andere Getreidearten unverändert. Umsatz 240 Tonnen.

Metalle. Berlin, 16. März. (Für 1 Kilogramm.) Raffinadelcupfer (99–99,3 Prozent) 1,27–1,28, Originalhüttenweichblei 0,784–0,784, Hüttenzink (im freien Verkehr) 0,72–0,78, Remelted Plattenzink 0,64–0,63, Originalaluminium (in Blöcken, Stäben, gewalzt und gezogen) 98–99 Prozent 2,35–2,40, in Stäben, gewalzt und gezogen 99 Prozent 2,45–2,50, Bank-Straits- und Australzinn 5,05–5,15, Hüttenzinn 99 Prozent 4,05 bis 5,05, Reinstnickel 98–99 Prozent 3,80–3,50, Antimon Regulus 1,21–1,23, Silber in Barren Probe 0,990 94–95, Gold 28,10 bis 28,30, Platin 15–15,50.

Erdmetalle. New York, 14. März. Geschlossen: Auslands-

Aurje der Posener Börse.

	Wertpapiere und Obligationen	17. März	16. März
4% Posener Bionobrerie (Vorläufig)	—	—	90,00
10% Bionobrerie (Vorläufig)	9,25	9,00	—
10% Bionobrerie (Vorläufig)	0,41	0,80	—
5% Bionobrerie (Vorläufig)	2,90–2,80	3,1–3,00	—
5% Bionobrerie (Vorläufig)	0,48	0,49	—
10% Bionobrerie (Vorläufig)	0,84	0,87	—
Ban. Lódz	—	—	—
Ban. Poznański I.–III. Em.	—	—	0,60
Ban. Przemysłowa I.–III. Em.	7,00	7,00	—
Ban. Szczecin I.–X. Em.	—	—	11,60
Ban. Warszawski I.–IX. Em.	3,40	3,80	—
Ban. Wielkopolski I.–V. Em.	3,25	—	—
Ban. Wielkopolski I.–IV. Em.	—	—	11,00
Industrieaktien	—	—	—
1. Garbitowskie I.–VII. Em. egli. Kur.	—	—	0,80
Irowar Prototypa I.–V. Em.	2,25	—	—
Gegielski I.–X. Em. f. 50 zl. Alt.	24,00	—	—
Centrala Rolnicza I.–VII. Em.	0,50	0,50	—
Ustrowska Szkoła I.–III. Em.	6,00	—	—
Opiana I.–III. Em.	9,25	9,00	—
Parwic I.–VII. Em.	—	—	1,20
Surzynowska Szkoła I.–IV. Em.	—	—	0,60
Wieruszowski I.–III. Em.	5,25–5,50	—	—
Jęzka I.–IV. Em.	1,30	1,20	—
Dr. Roman M. I.–V. Em.	32,00	31,50	—
Jan. Giermani I.–II. Em.	2,00	2,15	—
Mlynarska I.–VI. Em.	0,60	0,60	—
Koiso I.–III. Em.	0,35	0,35	—
Dr. Spółka Drewna I.–VII. Em.	0,90	0,90	—
Bracia Szabrowscy (Zapalki) I. Em.	1,00	—	—
Unja (poł. B. ny) I.–III. Em.	8,00	7,50	—
Wista. Bogozięza L.–III. Em.	12,00	—	—
Witnowna Chemiczna I.–VI. Em.	0,47	0,45	—
Gied. Grodziskie I.–V. Em.	1,50–1,45	1,50	—
Tenoenz: schwach.	—	—	—

Vorzen.

Der Zloty am 16. März: Danzig: Zloty 100,87–101,37, Lederwaren 100,74–10,26, Berlin: Warszawa, Warszawa, Warszawa 80,47–80,87, London: Warszawa 24,90, Warszawa 11,60, Warszawa 374,00, Wien: Zloty 185,90, Warszawa 11,60–6,75, Prag: Zloty 649,00–6,50, Warszawa 11,60–6,75, Budapest: Zloty 18,73–13,87, Bukarest: Warszawa 39,95, Czajowig: Warszawa 39,80, Riga: Warszawa 1,2.

Warschauer Börse vom 17. März. Wertpapiere: Sprosz. staatliche Goldanleihe 1922 8,50, Sprosz. Dollaranleihe 1919/20 3,43, 10proz. Staatsanleihe 9,00, Sprosz. staatl. Konv.-Anleihe 3,00, 4½proz. T. R. B. bis 1914 einzgl. 28,30, 4½proz. T. R. 1919 2,75, Sprosz. T. R. B. Pfandbriefe 1924 4,50, Sprosz. T. R. Warszawa bis 1914 22,15, 4½proz. T. R. B. Vorläufigspauschalbriefe 1914 10,80, Sprosz. T. R. B. 1917 8,65, Banknoten: Bank Dąbrowski Warszawa 7,85, Bank Szabolcza 7,05, Bank Przemysław 0,85, Bank Bachodni 2,15, B. B. B. 2,10, B. B. Sp. Zarobi. Warszawa 11,50, Indumentiwerke: Buls 0,50, Spiek 2,15, Chem. Zgierz 1,30, Elektrognos 3,15, Polski Tow. Elekt. 0,15, Sita i Swidlo 0,42, Thodorow 4,50, Cegielki 0,62, Michalow 0,47, Ljutromie 1,65, Czerni 3,75, Firlej 0,48, Łazd 0,28, Warszawa 0,25, Węgl. I.–III. 8,15, IV. 2,15, Bracia Nobel 2,10, Cegielki 0,57, Lipow 0,37, Modziejowski 5,10, Rorbin 1,03, Ostrowiec 7,63, Parowog 0,66, Pociski 1,45, Rohn Zielinski 0,56, Ruski 2,18, Starachowice 2,21, Ursus 2,00, Bieliński 14,25, Jaworzno 19,26, Jastrząb 12,20, Warkowska 1,67, Synd. Koln. Warszawa 2,80, Spiritus 2,70, Beglugi 0,28, Kofel 0,17, Majewski 14,00.

Kralauer Börse vom 16. März: B. Przem. 0,35–0,36, Sp. Jarosław 12,40, Hipoteku 0,60, Komercjalny 0,16, Łoban 0,81 bis 0,82, Phorma 1,00, Agot 0,30, Polski Glos 0,30, Zieleniewski 18,40–18,55, Cegielki 0,57–0,58, Begługa 0,12, Parowog 0,68, Trzebinia Zel. 0,57, Siersza Góra 4,55, Tepege 1,65, Poleska Rafka 0,57, Polucis 0,16, Trzebinia Rydu 7,50, Skorodom 4,50–4,65, Chubie 5,80, Bielsko 1,75. — Nicht notierte Werte: Jaworzno or. 14,50, Len 0,88, Krośn Rafka 0,18.

Berliner Börse vom 16. März: (Amtlich) Helsingfors 10,56–10,60, Wien 59,125–59,265, Prag 12,447–12,487, Lübeck 5,822–5,842, Sofia 8,055–8,065, Holland 167,96–168,28, Oslo 64,521–64,88, Copenhagen 75,88–76,01, Stockholm 113,04 bis 114,32, London 20,068–20,148, Buenos Aires 1,6660–1,664, New York 4,195–4,205, Belgien 21,28–21,29, Italien 17,12–17,16, Paris 21,565–21,625, Schweiz 80,88–81,08, Spanien 59,63–59,77, Danzig 79,73–79,98, Japan 1,747–1,751, Rio de Janeiro 0,462 bis 0,464, Jugoslamien 6,74–6,76, Portugal 20,075–20,125, Nizza 50–50,90, Reval 1,122–1,128, Rom 41,245–41,455, Athen 8,29–8,51, Konstantinopel 2,155–2,165.

Genfer Börse vom 16. März: (Amlich) Neufoss 5,181, London 24,82, Paris 26,70, Wien 73,05, Prag 15,40, Italien 21,16, Belgien 24,82, Budapest 72,00, Sofia 8,81, Holland 207,30, Oslo 70,0, Kopenhagen 93,60, Stockholm 139,75, Spanien 73,65, Bukarest 2,5, B. 19,25–21,25, — 19,25–21,25.

Wiener Börse vom 16. März: (In 1000 Kronen) Austria 417, Kol. Parac. 417, Kol. B. 60,050, Kol. Lwów–Gżern. 186, Kol. Poludni. 58,6, Bank. Hipot. 7,8, B. Polop. 4, Alpin 393, Siersza 64,5, Trig 50, Zieleniewski 2,8, Tegege 20,5–21, Trupcz 194, Dras. Tow. Bel. 1960, Huta. Soldi 900, Port. Cement 319, Skoda 1426, Niema 146,5, Warsz. B. Thsk. 100, Fanto 200, Marpath 145, Galicia 1295, Rofia 157, Lumen 7,9, Schodnica 183, Goleśnik 590, Mażnica 87–87,8.

Karlsbad Börse vom 16. März: (Amlich) Nework 5,182, London 24,82, Paris 26,71, Wien 73,12, Prag 15,39, Ica en 21,17, Belgien 24,25, Budapest 7,8, Sofia 3,7, Holland 2,7,30, Oslo 70,5, Kopenhagen 93,10, Stockholm 139,75, Spanien 73,70, Bukarest 2,51, Berlin 12,43, Belgrad 8,84.

Danziger Börse vom 16. März: (Amlich) Nework 5 2518 bis 5,277 London 25,21, Berlin 125,111–125,759 deutsche Mark 125,116 bis 125,114.

1 Gramm Heinold bei der Bank Polak für den 17. März 1925 – 3,4574 zt. von R. Nr. 62 vom 16. März 1925.

Von den Banken.

Der Schluß der Genfer Tagung.

Die Antwort auf das deutsche Memorandum. — Militärkontrolle. — Das Ende des Genfer Protokolls.

In einer seiner letzten Sitzungen antwortete der Völkerbundsrat auf das deutsche Memorandum, das ihm im Dezember vorigen Jahres von Deutschland vorgelegt worden war. Die Note wurde im Vorlaute dem Reichskaufmannsminister Dr. Stresemann übermittelt.

Das deutsche Memorandum hatte seinerzeit erwähnt, daß Deutschland die Verpflichtung des Art. 16 des Völkerbundspaktes nicht erfüllen könne. Es handelt sich hierbei um die Pflicht des bewaffneten Einigens gegen einen schuldigen Staat, wenn es die Bundesmitglieder verlangen. Die deutsche Regierung hatte folgendes dazu gesagt:

"Sie (die deutsche Regierung) spricht die Befürchtung aus, daß falls die im Artikel 16 vorgesehenen Maßnahmen zu Feindseligkeiten führen sollten, Deutschland nicht in der Lage wäre, sein Gebiet gegen militärische Invasion zu schützen. Die deutsche Regierung fügt hinzu, daß nach ihrer Ansicht es nur einen Ausweg aus der schwierigen Lage gibt, in der sie sich befinden würde: 'dem Deutschen Reich muß für den Fall internationaler Verwicklungen die Möglichkeit gegeben werden, das Maß seiner aktiven Teilnahme selbst zu bestimmen.' An einer anderen Stelle widerstellt sich die deutsche Regierung dagegen, daß Deutschland bei seinem Eintritt in den Völkerbund gezwungen würde, auf 'seine Neutralität zu verzichten'."

Die Antwort des Rates.

Der Völkerbund hält es für unnötig, hierzu zu bemerken, daß Weisheit und Umfang der effektiven Teilnahme der Mitgliedstaaten an den in Ausführung des Paktes von den Mitgliedstaaten unternommenen militärischen Operationen sich notwendigerweise mit ihrer militärischen Lage ändert. Auf Grund der Bestimmungen des Völkerbundspaktes hat der Völkerbundsrat die Pflicht, anzusegnen, mit welchen Beständen des Heeres, der Flotte und der Luftstreitkräfte die Völkerbundsmitglieder an der bewaffneten Macht mitwirken, die dazu dienen soll, den Völkerbundspflichten Achtung zu verschaffen, und es ist Sache Deutschlands, selbst zu erkennen, bis zu welchem Grade es in der Lage sein würde, den Empfehlungen des Rates zu entsprechen. Der Völkerbundsrat erinnert außerdem die deutsche Regierung daran, daß ein Mitgliedstaat des Völkerbundes und des Völkerbundsrates stets an den Entscheidungen über die Anwendung der Grundsätze des Paktes teilnehmen würde.

Was die Wirtschaftsmaßnahmen betrifft, so entscheiden die Mitgliedstaaten des Völkerbundes selbst entweder einzeln oder auf Grund vorheriger Vereinbarung über die praktischen Maßnahmen, die zur Durchführung der allgemeinen von ihnen angenommenen Verpflichtung zu ergreifen sind.

Die Bestimmungen des Paktes erlauben jedoch nicht, sobald auf Grund des Artikels 16 eine Aktion unternommen würde, jedem Mitgliedstaat des Bundes einzeln darüber die Entscheidungsfreiheit zu lassen, ob er sich daran beteiligen soll. Der Völkerbundsrat glaubt deutlich die Meinung ausdrücken zu müssen, daß jeder Vorbehalt in dieser Richtung geeignet wäre, die Grundlage des Völkerbundes zu untergraben, und daß er mit der Stellung eines Völkerbundesmitgliedes selbst unvereinbar wäre. Es erscheint dem Völkerbundsrat unmöglich, daß ein Mitglied des Völkerbundes oder Völkerbundsrates im Falle von gegen einen völkerfreudigen Staat eröffneten Operationen eine Haltung beibehält, die seinen Staatsangehörigen freileiche, sich den allgemeinen durch den Pakt auferlegten Verpflichtungen zu entziehen. Es ist kaum nötig, darauf hinzuweisen, daß andere Länder, deren Heereskräfte ebenfalls durch die Bestimmungen der befreiten Verträge beschränkt worden sind, beim Eintritt in den Völkerbund vorbehaltlos die Verpflichtungen des Paktes angenommen haben.

Der Völkerbundsrat hofft, daß diese Bemerkungen dazu beitragen werden, die Haltung seiner Mitglieder angesichts der von der deutschen Regierung aufgeworfenen Fragen zu erklären.

Die allgemeinen Bedingungen für die Aufnahme neuer Mitglieder sind in Artikel 1 des Völkerbundspaktes festgelegt, und die Entscheidung hierüber steht auf Grund dieses Artikels der Versammlung zu, die bereits wiederholt ihren Wunsch nach Universalität des Völkerbundes bekannt gab. Nur durch tätige Mitgliedschaft als Mitglied an den Arbeiten des Völkerbundes kann ein Land seinen berechtigten Anteil am Einfluß an den Entscheidungen des Völkerbundes haben. Entscheidungen, die sicherlich bedeutsame Folgen haben können.

Der Völkerbundsrat wünscht zum Schluß, Deutschland den aufrichtigen Wunsch auszusprechen, daß es sich bald seinen Arbeiten anschließen und so für die Organisation des Friedens die Rolle spielen möge, die seiner Stellung in der Welt entspricht.

Die Arbeit der Schlusttagung in Genf.

Die 38. Tagung des Völkerbundsrates beschloß ihre Arbeit mit der Erledigung folgender Punkte:

In der Saarfrage wurde über die lokale Gendarmerie und die Zurückziehung der französischen Truppen folgende Entschließung vom Berichterstatter Scialoja verlesen und vom Rat angenommen: "Das Programm der Saarregierung über die Vermehrung der lokalen Gendarmerie um 240 Mann während 1925/26 wird genehmigt. Die Saarregierung wird aufgefordert, dem Rat einen Bericht vorzulegen, in dem sie ausführt, mit welchen Mitteln sie bei Abwesenheit der französischen Truppen die Sicherheit der Bevölkerung im Saargebiet gewährleisten könnte, wobei die Möglichkeit zu erwägen sei, fremde Truppen außerhalb des Saargebietes im Notfalle zur Hilfe heranzuziehen zu können. Der Generalsekretär wird beauftragt, der deutschen Regierung von dieser Entschließung als Antwort auf ihre Note vom 19. Februar 1925 Mitteilung zu machen."

Amerika wünscht die Abrüstungskonferenz.

Präsident Coolidge hat die Botschafter der Mächte wissen lassen, daß er eine Abrüstungskonferenz zu veranstalten beabsichtigt. In den nächsten Tagen würden dazu von Amerika aus die Einladungen ergehen. Der Eindruck dieser Mitteilung ist sehr groß, da man aus ihr den Gegenseit der angelsächsischen Meinung zur französischen Auffassung zu erkennen glaubt.

Opferwilligkeit des deutschen Volkes in Lettland.

Die deutschen Schulen.

Riga, 16. März. (Ost-Express.) Das Fortbestehen der deutschen Schulen in Lettland ist bekanntlich von der Opferwilligkeit der deutschen Bevölkerung abhängig. Es müssen immer wieder Sammlungen veranstaltet werden, um die großen Summen aufzubringen, welche die Schulen benötigen, von deren Existenz und Leistungsfähigkeit die Erhaltung des deutschen Kulturerbes abhängt. Der Verwaltungsrat des deutschen Elternverbandes in Lettland hat zuletzt beschlossen, den Termin der diesjährigen großen Schulversammlung auf die Zeit vom 20. März bis 20. Mai festzusetzen. Sämtliche deutschen Schulen in Lettland sind bereits aufgelistet worden, ihre Budgets für das kommende Schuljahr mit möglichster Sparsamkeit aufzustellen. Im vergangenen Jahr hatten die Deutschen die Summe von 6 Millionen lettändische Rubel aufgebracht. Angesichts der zunehmenden Tendenz wird befürchtet, daß in diesem Jahre ein wesentlicher Mehrbetrag erforderlich sein wird.

In der Frage der Militärkontrolle in Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien beschließt der Rat: 1. den Bericht seiner Gemütskommission anzunehmen, der den Mitgliedern der Kontrollkommission die freie und ungehinderte Ausübung ihrer Aufgaben gewährt; 2. den Generalsekretär mit der Untersuchung zu beauftragen, in welchem Umfang die der Kontrolle unterworfenen Staaten zu dem unter 1. angeführten Zwecke neue Gesetze erlassen müssen; 3. den Generalsekretär zu beauftragen, sich mit den der Kontrolle unterworfenen Staaten in Verbindung zu setzen und ihnen alle Beschlüsse über die Militärkontrolle mitzuteilen, damit die vier Staaten die Maßnahmen ergreifen können, die eine reibungslose Durchführung der Militärkontrolle ermöglichen, sobald der Rat eine Kontrolle beschließt; 4. die Frage der Kontrolle in der entmilitarisierten Rheinzone auf eine der nächsten Sitzungen des Rates zu verordnen, und 5. die polnische Regierung aufzufordern, ihre Ansprüche zu begründen, warum sie bei Aufhebung der Militärkontrolle durch einen Delegierten im Rat vertreten sein will. Auf Antrag der britischen Regierung wird auch die Entscheidung über die Frage, ob der Rat mit Stimmenmehrheit oder einstimmig über die Frage der Militärkontrolle zu beschließen hat, verschoben.

Ferner hat der Rat entsprechend einer Empfehlung des Finanzkomitees des Völkerbundes beschlossen, Danzig zur Auflegung einer hypothekarischen Anleihe in Höhe von 1.500.000 Pf. Sterling zu ermächtigen.

Oberst de Loe, früher Spinnereibesitzer in Mühlhausen im Elsass, wurde zum neuen Präsidenten des Hafenausschusses für Danzig ernannt.

Die Regelung der Militärkontrolle in Genf.

Genf, 17. März. Zu den verschiedenen Fragen zum Ausbau des Kontrollrechtes des Völkerbundes über Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien hat der Völkerbundsrat beschlossen:

1. den Bericht der Gemütskommission anzunehmen, der die Mittel und Wege feststellt, durch die den Kontrollkommissionen eine vollkommen freie Durchführung ihrer Aufgabe gesichert werden soll;

2. durch das Generalsekretariat des Völkerbundes die Frage prüfen zu lassen, ob und inwieweit das aufgestellte System gegebene Maßnahmen notwendig macht, die von den dem Kontrollbericht unterstellten Staaten einzuführen wären;

3. den Generalsekretär zu ermächtigen, die genannten vier Staaten zur Duldung dieser Kontrolle zu verpflichten und sie zu veranlassen, daß sie ihrerseits die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um dem Rat die Ausübung seiner in den Friedensverträgen niedergelegten Befugnisse im Falle einer Kontrolle sicherzutun;

4. die weitere Prüfung eines Kontrollsystems für die Entmilitarisierung der Rheinlandzone auf die nächste Sitzung zu vertagen.

5. Polen aufzufordern, eine ausführliche Darlegung darüber vorzulegen, auf welche Gründe es seine Forderung auf Teilnahme an den Arbeiten der ständigen beratenden Militätkommission des Völkerbundes zurückzuführen.

Hierdurch soll die Militärkontrolle der Zuständigkeits des Völkerbundes übermittelt werden. Mit anderen Worten bedeutet das eine Verwigung der Kontrolle für Deutschland.

Zum Begräbnis des Genfer Protokolls.

Weißfall, Gleichheit und Sicherheit.

Dem mit so vielen Hoffnungen ins Leben gerufenen Genfer Protokoll schreibt "Le Journal" vom 8. März folgenden Nachruf: "Wer erinnert sich nicht daran, mit welcher Begeisterung das berühmte 'Protokoll' im vorigen Herbst in dem Völkerbund angenommen worden ist. Die Abgeordneten vergossen Nährungsbrüder, und die schönsten Reden wurden mit frenetischem Beifall begrüßt. Von nichts anderem wurde mehr gesprochen als von ewigem Frieden, Menschlichkeit und Brüderlichkeit. Und nach diesen Veredelsamtsstürmen gingen die internationales Exzellenz zu ihrem Tee, den sie sich durch die Gründung eines 'dauernden Menschenfriedens' ehrtlich verdient hatten.

Aber ach, nichts ist so hinfällig gewesen wie jenes Protokoll. Worte, Worte, Worte! Gerade England, dessen Puritaner-pazifismus am meisten beteiligt sein sollte, will nichts mehr von allem wissen, und von dem berühmten Genfer Protokoll bleibt nichts als das melancholische Gedanken an eine große Illusion. Und wie war es auch anders möglich? Der ganze Völkerbund ist doch schließlich eine paradoxe Vereinigung von Panther, Löwe, Adler, Wolf und Kaninchen. Wie konnte man jemals glauben, daß diese Tiere sich untereinander verständigen würden? Und daher wird nun also wohl wieder der gesunde Menschenverstand zu seinem Rechte kommen müssen. Nachdem wir Jahre verloren haben, sehen wir uns jetzt zu der Erfahrung gezwungen, daß es nur eine Sicherheit für uns gibt, eine solche nämlich, die nicht auf Illusionen, sondern auf die rauhe Wirklichkeit gegründet ist. Die englisch-französisch-belgische Allianz ist auf dem Wege, und nichts wird sie mehr aufhalten können. Englands Schiffe, Frankreichs Armee und Belgien als wichtiger Bindeglied, das sind die Kräfte, welche dem neuen Bündnis das Recht geben, sich als Wahlspruch: Freiheit, Gleichheit, Sicherheit zu wählen. Alles andere sind leere Worte, Geschwätz und Unfug. Freilich wäre es schöner, wenn wir die Unannehmlichkeiten des Friedens weniger teuer bezahlen müßten. Aber in der barbarischen Welt, in der wir nun einmal leben, ist der Frieden im Grunde eine Art Augusssache, für die wir eben auch Augussteuern zahlen müssen."

Zur Lage der Eisenbahnarbeiterbewegung in Deutschland.

Der Eisenbahnarbeiteraustand in Deutschland hat im geringen Maße an einzelnen Stellen Zunahme erfahren. Aus Hannover ist der Eisenbahndirektor heute früh eine Vergrößerung der Zahl der Streikenden um 123 gemeldet worden. Einer weiteren Erhöhung der Gesamtzahl der Streikenden steht aber auch eine Verringerung der Zahl der Ausständigen im Reichsbahndirektionsbezirk Breslau um rund 400 und im Direktionsbezirk Nürnberg und zwar in Hof um ca. 50 entgegen. Die technische Notilse hat bisher keinen Anlaß ihren Einsatz zu verstärken. Im Gegenteil konnten im Laufe des gestrigen Sonntags die in Berlin zur Beseitigung der Schneemassen auf dem Hangerbahnhof eingezogene Nothelte zum größten Teil wieder zurückgezogen werden.

Im übrigen ist die Frage, ob der Schiedsspruch von der Reichsbahnverwaltung bzw. den Organisationen angenommen oder abgelehnt wird noch immer ungeklärt, da die beiderseitige Siedlungnahme erst im Laufe des morgigen Dienstag erfolgen soll. Immerhin scheint die Ablehnung des Schiedsspruchs durch die Organisationen so gut wie sicher zu sein und zwar in erster Linie wegen der im Schiedsspruch vorgesehenen Beibehaltung der bisherigen Arbeitszeit. Weiter richtet sich die Kritik der Verbände auch dagegen, daß die vorbeschlagenen Voraussetzungen bis zum 30. Juni d. J. gelten sollen sowie gegen die Frist, die von der Reichsbahnverwaltung zur Wiederbeschäftigung der entlassenen Arbeiter gestellt ist. Die Gewerkschaft verlangt in erster Linie restlose Wiederbeschäftigung aller Streikenden.

Ungeklärte Lage in Kurdistan.

Die "D. A. B." läßt sich aus Konstantinopel folgendes berichten: Nach Pressemitteilungen wird sich der Oberbefehlshaber über die türkischen Truppen im Aufstandsgebiet, demalldin Sami Pascha, demnächst im Flugzeug in das Lager nach Diarbeyaz begeben, so daß dann mit dem Beginn des eigentlichen Feldzuges gegen die Aufständischen zu rechnen ist. Die Lage ist nach wie vor verworren. Amtliche Berichte deuten noch immer an, daß die Rebellen jetzt umzingelt würden und der Aufstand dann niedergeworfen sein werde. Andererseits veröffentlicht die heutige Presse eine ausführliche Liste der nunmehr mobilisierten Kästen. Der Berichterstatter der Budgetkommission, Abgeordneter Scherif, erklärt der Presse, die Nationalversammlung habe Sonderkredite bewilligt, die für einen möglicherweise vier Monate dauernden Feldzug ausreichen. Bemerkenswert ist auch, daß die Nationalversammlung der Budgetkommission eine Vorlage überwiesen hat, wonach zwei Bataillone zur Überwachung der Südgrenze neu geschaffen werden sollen. Einzelheiten darüber fehlen.

Aus anderen Ländern.

Eine neue Krankheit in Chicago.

Chicago 16. März. (United Press.) In den letzten 9 Tagen sind in Chicago 201 Todesfälle infolge einer neuen geheimnisvollen Krankheit zu verzeichnen. Die Seuche hat die ganze Stadt ergreift. Die Erscheinungen der Krankheit ähneln einer heftigen Grippe. Die Kranken bekommen plötzlich heftiges Fieber und leiden an Konvulsionen, worauf bald das Ende eintritt.

Das Gesundheitsamt in Chicago ist sehr besorgt über die Ausbreitung der Grippe, die sehr schnell in Lungenentzündung übergeht und jetzt die Ausmaße einer Epidemie angenommen hat. Seit dem 1. März hat die Anzahl der Todesfälle aus Grippe der Grippe und Lungenentzündung insgesamt die Zahl von 279 erreicht. Gestern wurden 95 neue Krankheitsfälle konstatiert; davon verloren 27 tödlich. Die Krankheit ähnelt stark der Grippe, die während der Kriegszeit geherrscht hatte. Grippezettel wurden in allen Fällen festgestellt, wo Umlaufzettel vorgenommen wurden, aber es wird bei der Schwere der Fälle vermutet, daß noch ein anderer Krankheitserreger austreibt. In Manchester und New Hampshire, wo während des ganzen Winters eine Scharlachepidemie herrschte, wurden 1400 Fälle von Grippe festgestellt.

Der russische Geschäftsträger in Japan.

Tokio, 16. März. Der russische Geschäftsträger Nikolai Kusnezow ist heute hier eingetroffen. Die japanische Regierung entbande eine grobe Abordnung zu seiner Begrüßung. Pressevertretern erklärte Kusnezow, daß Russland sich für eine enge Zusammenarbeit zwischen Russland und China einsetze. Diese Zusammenarbeit könne als eine Grundlage gegen die angelaufischen Mächte ausgenutzt werden, aber man könne keine Rücksicht darauf nehmen, da diese Zusammenarbeit wesentlich für die Errichtung des Weltfriedens sei.

In kurzen Worten.

Ein Dekret verfügt, daß die chinesische Regierung dem verstorbenen Dr. Sun Yat-sen große Ehrungen bereiten werde, um ihre Wertschätzung der Verdienste des Verstorbenen zum Ausdruck zu bringen.

Der Magistrat der Stadt Magdeburg hat in einer Sitzung auf Antrag des Oberbürgermeisters Dr. Veins beschlossen, den Polizeipräsidium zu erläutern, dem Straßenbrückenzug "Sternbrücke" den Namen "Friedrich-Ebert-Brücke" zu geben.

Der König von Spanien unterzeichnet morgen oder Montag ein Statut, das den Provinzen die Selbstverwaltung gewährt.

In New York sind drei russische Soldaten verhaftet worden, als sie damit beschäftigt waren, 50 Leute die mit alten spanischen Gewehren bewaffnet waren, militärisch auszubilden. Die Verhafteten sind nach Zahlung einer Kavou von je 10.000 Dollar freigelassen worden.

Der 1888 in Sandau geborene Bankprokurist der Zweigstelle Zweibrücken der Commerzbank des Saarlandes A.-G., Philipp Peters, wurde festgenommen. Es wird ihm Urkundenfälschung zur Last gelegt, begangen bei Abfertigung eines Scheids.

In der Strafanstalt Zuhlsbüttel sind am Sonnabend sämtliche 75 Kommunisten, die dort Festungsstrafen verbüßen, zum Protest gegen die verhängte Urlaubsperre in den Hungerstreik getreten.

Für das Jahr 1927 plant Südn. eine große Internationale Verkehrsausstellung, die das gesamte Gebiet des Verkehrswege zu Lande, zu Wasser und in der Luft und den Nachrichtenverkehr unter besonderer Hervorhebung der Beziehungen des Weltverkehrs umfassen soll.

Die Ablehnung des neuernannten japanischen Botschafters durch die Sowjetregierung hat in politischen Kreisen Japans einen ungünstigen Eindruck hervorgerufen.

Letzte Meldungen.

Professor Wassermann gestorben.

Aus Berlin kommt folgende Nachricht: Der Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für experimentelle Therapie und Professor an der Universität Berlin, der berühmte Forscher auf dem Gebiet der Immunitätslehre, der weltbekannte Schöpfer der nach ihm benannten Reaktion zur Erkennung der Lues und der Tuberkulose, August von Wassermann, ist gestorben.

Die Ergebnisse der Deutschlandfahrt.

Die Motorradfahrt durch ganz Deutschland, über deren Schluss wir kürzlich berichtet haben, hat folgende Ergebnisse gezeigt: Es wurden vier Fahrer, die vollkommen unfallfrei alle Strecken zurückgelegt hatten, mit der großen goldenen Medaille ausgezeichnet. Die Namen dieser Fahrer sind: 1. Geiß aus Borsigheim auf D. R. W.; 2. Kolmsberg aus Pfarrkirchen auf Bündy; 3. Dachler aus Stuttgart auf Mauser; 4. Brügel aus Nürnberg auf Vitoria.

Ausprache Chamberlains mit Herriot.

Chamberlain wird heute mit Herriot in Paris eine Unterredung haben, in der über die Räumung Kölns verhandelt werden soll.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Syra; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeier; für Handel, Wirtschaft, den unpolitischen Teil und die illustrierte Beilage "Die Zeit im Bild": Robert Syra; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Verlag: "Posener Tageblatt". Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc. sämtlich in Bojan-

